

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

BRUNO POERSCH

Am 12. März 1929 verstarb unerwartet und plötzlich der Begründer und ehemalige 1. Vorsitzende unseres Verbandes, Bruno Poersch. Unter der Viertelmillion unserer Mitglieder dürfte es immerhin noch mehrere hundert geben, die sein Verbandswirken mit erlebten und in irgendeiner Form mit ihm in Verbindung standen.

Als Bruno Poersch im Oktober 1896 die Gründungsversammlung unseres Verbandes in Berlin (Englischer Garten) vornahm, waren es überwiegend Gasarbeiter, die aus dem verlorengegangenen Streik in der Danziger Straße gelernt hatten und nun eine feste freigewerkschaftliche Organisation haben wollten. Aber die große Mehrzahl war damals der Agitation doch noch völlig unzugänglich und im Jahrgang 1927 berichtet Poersch aus Anlaß des Berliner 30jährigen Verbandsjubiläums selber über die unsäglichen Schwierigkeiten, die ihm gemacht wurden bei seiner Werbe- und Aufklärungsarbeit, nicht nur von Behörden, Beamten und unteren Vorgesetzten, sondern auch von den Kollegen selber! Sie zeigten zunächst wenig Verständnis für die Abschaffung der 18stündigen Wechselschicht, weil sie den Lohnausfall fürchteten. Es hat jahrelanger systematischer Aufklärungsarbeit bedurft, um hier Wandel zu schaffen. Die Berliner Kollegen Possekart, Ahlert und später Fiebig, dann Schabel und Resch waren die eifrigsten Förderer der Verbandsarbeit. Sie leisteten Poersch in den Jahren 1896 bis 1903 tatkräftige Mitarbeit.

Als mit Hilfe einiger örtlicher Gewerkschaftskartelle in zahlreichen Großstädten des Reichs, wie Hamburg, Erfurt, Mannheim, Königsberg, Magdeburg, Mainz usw. der Verband sich schnell ausbreitete, konnte der Verbandssekretär Poersch auf breiter Grundlage arbeiten und die anfänglich äußerst mühselige Arbeit wies bald ansehnliche Erfolge auf. Poersch wurde auf dem Verbandstag 1903 zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er bekleidete dieses Amt nur zwei Jahre und schied 1905 wegen verschiedener Differenzen, die insbesondere auch seine politischen und gewerkschaftlichen Anschauungen betrafen, aus dem Verbandsaus. Poersch glaubte damals, für die Gemeindearbeiter sei unter allen Umständen eine wirtschaftliche Verständigung mit den Stadtverwaltungen möglich, ein Streik käme kaum in Frage. Diese Anschauungen führten ihn vorübergehend ins Hirsch-Dunckersche Lager, woselbst er zunächst als Redakteur der „Westdeutschen Abendpost“ tätig war, späterhin ging er zur „Hessischen Landeszeitung“ in Marburg.

Seit der Revolution 1918 gehörte Bruno Poersch wieder der SPD. an. Er wurde auch in den Stadtrat von Marburg gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Hauptamtlich war er Leiter des Arbeitsamtes.

Unser Verband wird in zwei Dingen stets mit Dankbarkeit auf Bruno Poersch zurückblicken. Er war der Gründer unserer Betriebsorganisation! Gerade weil er die Geschichte und Theorien der deutschen wie der englischen Gewerkschaften genau kannte, trat er frühzeitig und mit Eifer in Wort und Schrift für hohe Beiträge, Ausbau der Unterstützungseinrichtungen besoldete Verbandsfunktionäre usw. ein. Das waren damals Anfang der 90er Jahre für manchen Gewerkschaftler noch ketzerische Gedanken. Und nun brach er auch mit dem „altbewährten“ Prinzip der Berufs-Organisation, die damals noch als das alleinige Organisationsprinzip angesehen wurde. Aller Pessimismus über die „Unorganisierbarkeit“ der städtischen Arbeiter erwies sich bald als hinfällig und erst viel später kamen wir mit unserem Prinzip der Betriebsorganisation in Grenzstreitigkeiten, weil in den ersten Jahren niemand von den Berufsgewerkschaften Mitglieder in städtischen Betrieben aufzuweisen hatte! Und eine zweite frühe Erkenntnis ging von Bruno Poersch aus. Das eingehende Studium der Arbeitsverhältnisse in den Gemeindebetrieben brachte ihm und unserem Verband die Ueberzeugung, daß der Soziallohn eine fortgeschrittenere Lohnart gegenüber dem Leistungslohn bedeutet. Auch heute noch ruht unser Lohnfundament, sowie unser RMT. auf dieser Basis. Die soziale und wirtschaftliche Angleichung an die Verhältnisse der Beamten wird für uns stets ein Grundprinzip bleiben, mag der RAV. sich noch so sehr dagegen sträuben.

So dürfen wir am Grabe des Verstorbenen ihm zurufen: Wahrlich, Du hast nicht umsonst gelebt! Dein Wirken wird auch fürder von unserem Verband in Ehren gehalten werden.

E. D.

Der Tag des guten Buches

Die Werbearbeit der Industrie und des Handels erfordert täglich neue Ideen und Beweggründe, um die von ihnen erzeugten und auf den Markt gebrachten Waren dem Käufer bekanntzumachen. Es gibt kaum ein Mittel, das nicht für diesen Zweck verwandt wird. Vom einfachsten Drucksachenzettel bis zum sirenenblasenden Flugzeug ist alles in den Dienst der Propaganda einbezogen, und wir sind kaum noch überrascht, wenn wieder etwas Neues auf diesem Gebiet auftaucht. So haben wir uns daran gewöhnt, am Anfang jeden Jahres die Wochen des „Inventurverkaufs“, die „Weißen Wochen“, die „Schmücke-dein-Heim“-Woche und schließlich, in Berlin, eine „Grüne Woche“ zu erleben. Da die „Wochen“ infolge ihrer langen Dauer und Wiederholung den Reiz der Neuheit verloren, konzentrierte man sich auf einen „Tag“. So kam der „Tag des Kindes“, der „Muttertag“ und anderer. Zu all diesen „Tagen“ und „Wochen“ kommt nun in diesem Jahre zum erstenmal der „Tag des Buches“. Die Buchverleger und Buchhändler können und wollen nicht zurückstehen, wenn es gilt, die „Masse der Verbraucher“ zum Kauf anzuregen. Zwar nennt man die Deutschen gern das Volk der Dichter und Denker, und die Produktion an Werken deutscher Literatur ist eher größer denn geringer geworden. Aber schließlich muß doch auf diesem Gebiet nach Meinung der Interessenten Reklame „gemacht“ werden.

Johann Wolfgang Goethes Geburtstag, der 22. März, soll also ein Propagandatag für das Buch werden, und alle geschäftlich daran Beteiligten werden eine Hochflut von Reklame auf die langsam schon darauf vorbereitete Bevölkerung niedergehen lassen. In allen Großstädten, aber auch in den kleineren und kleinsten Städten werden Veranstaltungen stattfinden, in deren Mittelpunkt das Buch steht. Damit soll erreicht werden, daß nicht nur zu besonderen Gelegenheiten oder ganz bestimmten Zwecken Bücher gekauft werden, sondern vielmehr soll das Buch gewissermaßen zum notwendigen Lebensbedarf erklärt und in die Gruppe Kulturbedarf des Lebenshaltungsindex eingereiht werden.

Das ist für den denkenden und auf seine Fortbildung bedachten Arbeiter durchaus nichts Neues. Der Bildungshunger, die Sehnsucht nach Bereicherung des Wissens allgemeiner und spezieller Natur ist so groß, daß der Büchermarkt außerordentlich großen Umfang angenommen hat. Die Literatur der Arbeiterklasse allein umfaßt eine solche Fülle von Werken, daß nur der Eingeweihte sich noch hindurchfindet.

Der Tag des Buches ist deshalb auch eine günstige Gelegenheit, die Arbeiterschaft mit ihrer Literatur mehr als bisher bekannt zu machen. Das geschieht allerdings schon in großem Maße; denn die Arbeiterbuchhandlungen, die Buchgemeinschaften der Arbeiter und die freigewerkschaftlichen und sozialistischen Buchverleger nehmen jede Gelegenheit wahr, immer und immer ihre Bücherproduktion in die weitesten Kreise hinein bekannt zu machen. Es würde also der besonderen Propaganda eines „Tages des Buches“ nicht bedürfen. Oder doch? Jawohl! Weil leider weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung den hohen Kulturwert der Literatur noch nicht erfasst haben. Was will es heißen, wenn

Arbeiterbuchorganisationen, wie die „Büchergilde“, der „Bücherkreis“, die „Urania“ mehr als hunderttausend Mitglieder zählen, aber viele hunderttausend noch nichts davon wissen. Selbstverständlich kaufen und lesen auch sie Werke der Literatur, ohne jedoch zu bedenken, daß sie selbst hierbei Opfer der bürgerlich-kapitalistischen Denkweise werden können. Hier einzuhaken ist eine Aufgabe der Arbeiterbuchhändler und -verleger. Aber noch eine zweite Aufgabe ist zu lösen.

Im Haushaltsbudget des Arbeiters kann nur ein ganz geringer Bruchteil des Einkommens für Kulturzwecke bereitgestellt werden, sofern überhaupt der geringe Verdienst diesen „Kulturflug“ zuläßt. Dabei kommt dann die Ausgabe für Literatur erst in allerletzter Linie in Betracht. Zu alledem kommt, daß gute und wirklich empfehlenswerte Bücher teuer sind, die minderwertigen Druckerzeugnisse aber, solche, die

der nachdenkliche Arbeiter erst gar nicht in die Hand nehmen sollte, sind oft sehr billig zu haben. Damit ist der beabsichtigte Zweck erreicht, nämlich: minderwertige, kulturwidrige Machwerke bestimmter Tendenz in Massen zu verbreiten. Der fortschrittliche, ehrliche Buchhandel bringt solche literarisch minderwertigen Produkte nicht auf den Markt. Aber auch hier scheint noch die Erkenntnis zu fehlen, daß der Absatz guter Bücher außerordentlich vom Geldwert und der Kaufkraft der Leser und Käufer abhängig ist. Die beste Propaganda für das gute Buch wäre also eine Herabsetzung der oft sehr hohen Preise. Daß diese Maßnahme möglich ist, könnte mit vielen schon vorhandenen Beweisen belegt werden. So müßte der „Tag des Buches“ genützt werden für eine Verbreitung des

guten und billigen Buches. Erst dadurch würde die Möglichkeit gegeben sein, die dem guten Buch noch fernstehenden Kreise dafür zu interessieren. Zweifellos würde sich der Absatz guter Bücher ganz erheblich steigern, damit aber auch das kulturelle Allgemeingut. Haben doch oft die einfachsten Lehrbücher eine Preishöhe, die dem Arbeiter unerschwinglich ist, so daß ihm manches Wissensgebiet, dessen Ausbreitung für die Volkskultur sehr notwendig wäre, einfach dadurch verschlossen bleibt. Was kann der Literatur konsumierende Arbeiter tun? Auch ihm gibt der „Tag des Buches“ Gelegenheit, seinen Willen auszudrücken. Wohl wird der Büchertag eine Hochflut von Reklame auf die Buchleser ausschütten. Da gilt es, das Minderwertige von vornherein auszuschneiden und nur unter dem Guten die Auswahl zu treffen. Denn nur gute Bücher besitzen einen Dauerwert und sind eine zweckmäßige Kapitalanlage. Oft findet man bei Arbeitern eine wirklich gut zusammengestellte Bibliothek, die nicht nur für den Besitzer, sondern auch für seine Nachkommen einen hohen Wert haben. Wo die Auswahl nicht aus eigenem Wissen gut getroffen werden kann, wende man sich an den reellen Buchhandel, der immer gern beraten wird. Auch unsere Abteilung „Bücher und Schriften“ ist jederzeit bereit, Rat und Hilfe zu bieten. Wie im politischen und wirtschaftlichen Leben das Wort von Karl Marx wahr ist: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein“, so wahr ist es auch für die Befreiung von der Schundliteratur. W. B u l a n.

Mensch zu Mensch

Menschen, Menschen alle, streckt die Hände
über Meere, Wälder in die Welt zur Einigkeit!
Daß sich Herz zu Herzen fände:
Neue Zeit!

Starke Nahrung soll aus euren Aufenhalten
Flugleich wellen um den Erdenball,
Mensch-zu-Menschen-Liebe glühe, froh verhalten,
überall!

Was gilt Westen, Süden, Nähe, Weitsin,
wenn euch eine weltentkretzte Seele millionenfällig
euer Mutter-Erde-Blut strömend Ich- und Zeitsein
überwältigt!

Menschen! Alle ihr aus einem Grunde,
alle, alle aus dem Ewig-Erde-Schoß,
reißt euch fort aus Geldkampf, Krieg, der SteinStadt-Runde:
Werdet wieder Kinder groß!

Menschen! Alle! drängt zur Herzbereitschaft!
Drängt zur Krönung euer und der Erde!
Einiggroße Menschheitsfreunde, Welt und Gottgemeinschaft
Werde!
Gereit Engelke

Kritische Anmerkungen zum „Tag des Buches“

In der „Zeff. Ztg.“ finden wir eine durchaus zeitgemäße kritische Betrachtung über den „Tag des Buches“, die wir nachfolgend im Auszuge wiedergeben. D. Red.

Der Tag ist befohlen. Ein Reichsminister a. D. hat ihn erfunden, der Reichsminister des Innern hat ihn auf dem Derordnungswege sanktioniert, eine konstituierende Versammlung hat im Januar die Organisation in Angriff genommen, über 100 deutsche Verbände aller Berufe, aller Parteien sind am Werk. Die Berliner Kundgebungen stehen fest und die einzelnen Städte, denen die Exekutive anvertraut ist, überlegen in einem gewissen unwilligen Fieber, was anzustellen sei: an Feiern, Reden, Ständen, Plakaten, Handzetteln. Man steht also vor einer vollendeten Tatsache.

Wer die verschiedenen Manifeste und Programme, auch die Entwürfe zu Programmen durchblättert (man kann sie dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ entnehmen, oder dem Blatt der Buchhändlergilde oder den veröffentlichten Reden des Reichsministers a. D. oder gar dem Bezirk der Dichter-Akademie), der wird auf eine merkwürdige Sprache stoßen. Auf eine Sprache, die man leider zu früh als eine vergangene aufgefaßt hat. Da ist der Tag des Buches „Ein Weckruf“. Da wird „zur Durchführung gebracht“, da werden „eigene Maßnahmen für die Förderung des Buches gegenüber Schmutz und Schund in Aussicht gestellt“. Da verspricht man sich als einen der Programmpunkte „eingehende Besprechung und Auswertung der Veranstaltung“. Das Reichsministerium „behält die Notlage des deutschen Buches im Auge und sucht Maßnahmen zur Abstellung“; ein „Mahnruf zum Buch“ ist die Sache des ganzen deutschen Volkes, ein „Mahn-tag für das deutsche Buch“, Richtlinien werden bekanntgegeben, „bewußte Einstellung weiter Volksteile zum Buch wird erwartet“, einen „über das ganze Deutschland und über die Reichsgrenzen hinaus durch Oesterreich und das Auslandsdeutschtum hallenden Mahnruf will man ertönen“ lassen; die Kultusministerien der Länder „haben in den Schulen Anregungen zu feierlicher Begehung des Tages zu geben“, gemeinsame Kundgebungen mit den Spitzen der Behörden, Ortsausschüsse, Handzettel mit dem Aufdruck: „Haben Sie Ihre eigene Mitwirkung zum Tag des Buches schon erwogen?“ (welcher Zettel diskret verwendet werden soll)... „ist auf jeden Fall anzustreben“, „Bilderdienst“, „Aushang an geeigneten Stellen“, „Fühlungnahme“, „Gewinnung von Artikelschreibern“. Das kann fortgesetzt werden. Wir könnten zitieren, wie man sich „die Wiedererstarkung der Besinnlichkeit und der Hingabe an das Schöne verspricht; oder „das gute Buch soll seinen Ehrenplatz gesichert behalten“, es soll von ihm „als dem kostbaren Kleinod des deutschen Geistes“ geredet werden, das „gute Buch ist in Gefahr, als Wertfaktor der deutschen Kultur bedrängt zu werden“; „möge das deutsche Volk...“; und einer wünscht für den Tag des Buches „Heiterkeit, Leichtigkeit, also kulturvollen Ueberblick“; er sagt auch: „darauf ist Einstellung und Vorbereitung not, daß Deutschland in kurzem ein durchaus zur Dichtung herangebildetes Millionenvolk umfasse“; die Presse aber „wird das ihrige tun, um jedem einzuhämmern, um was es sich handelt“: „Deutsche schützt eure geistigen Güter.“

Also es wird immer noch gehämmert. Immer noch dröhnt es von Eisen und von Blech, wenn das deutsche Volk angeredet wird. Wann endlich wird die Schmiede zugemacht; findet der Verkauf der klirrenden Emblemen niemals ein Ende? Wenn man sagt, das sei eben eine unglückselige, ungewandte, nicht gefühlte Sprache, aber in den Herzen derjenigen, die da sprechen, sei gutes Gefühl und echter Wille, so sei gestattet, zunächst einmal den Ausgangspunkt dieses Gedankens vom Tag des Buches für das deutsche Volk nachzuprüfen. Dies ist die Voraussetzung: Deutschland sei schwach, sei niedergeschlagen, sei mit der Beraubung von materiellen Gütern zugleich um seinen geistigen Besitzstand bedroht. Das äußerliche, wofür Kino und Rundfunk zuweilen gefährliche Symptome seien, verdränge, verschütte die innere Kraft. Schlagworte wie Amerikanismus, Schlagergier gipfeln, wenn das Paradox gestattete sei, in der berühmten und nun schon seit zehn Jahren hergeleiteten Phrase von der Verflachung der deutschen Kultur. Immer noch fühlt man sich verpflichtet, wenn man die deutsche Öffentlichkeit anredet, mit einem jämmerlichen Klagen anzufangen, anstatt hart, klar und unbestechlich zur Gegenwart zu halten. Immer noch dröhnt hohl und falsch wie aus der Schulzeit vergangener Tage das Wort von Deutschlands tiefster Erniedrigung aus den Bratenröcken; wo längst Millionen mitten in einer anstrengenden, fruchtbaren und großartigen Gegenwart von 1929 stehen, kokettiert man mit dem fatalen Jahr von 1806 und meint nichts anderes als den Stuck und die Schnurrbartbinden aus der Zeit vor jenem August 1914. Wann endlich wird man es satt sein, sich Deutschland vor-

zujabern zu lassen, als sei es ein bankerottierendes, stilles Dorfstadtcasé und bestenfalls eine Amüsierbrüde? Und wann endlich wird man darauf verzichten, sich den Respekt vor dem eigenen Volk vorzurechnen durch die fatale Segeesallee der Dichter und Denker und kompletten Klassikerausgaben?

Es wird nicht gelesen in Deutschland? Aber das ist ja gar nicht wahr, der ist ja beinahe ein Lügner, wer das behauptet. In keinem Land wird so viel an Büchern produziert wie bei uns. Die Auflagen der jungen Literaten übersteigen jedes Maß, das man früher an Bucherfolge legte, und die Leiter der Volkshilfsbibliotheken können sich des Andrangs gar nicht erwehren. Neue Schichten, die früher niemals zum Buch gegriffen haben, vereinigen sich in den Buchgemeinschaften, und die Lesegier war niemals größer. Da heben sie jammernd die Hände hoch: Aber kein Buch lebt länger als ein Jahr. Sie konsumieren ja nur den Stoff, die Lesegierigen, und wo bleibt die Erbauung an dem guten alten Buch? „Die Wiedererstarkung der Besinnlichkeit und der Hingabe an das Schöne?“ Ja, es ist richtig, sie wollen, die neuen Leser des neuen Deutschland, zunächst den Stoff, in einem ungeheuren Hunger den Stoff der ganzen Welt. Aber gesetzt, man sei angesichts dieses lebendigen und fast naturhaften Lesehungers zur Frage berechtigt: „Was wird gelesen?“, so bleibt doch der Zweifel erlaubt, ob die Veranstalter des genialen „Tag des Buches“ legitimiert seien, diese Frage zu stellen.

Denn wenn jene Voraussetzungen schon grundsätzlich waren, auf die man die Konstruktion vom „Tag des Buches“ aufbaute, die Konstruktion selber hat arge Maß- und Richtfehler, sie hat den Hauptfehler: sie trägt das blanke Nichts. Denn sorgfältig mit einer fatenmäßigen Sorgfältigkeit hat man es in den tausenden und tausenden Zeilen, die für den „Tag des Buches“ von „Artikelschreibern“ verfaßt wurden, vermieden, ein Wort zu sagen über den Inhalt der Bücher, mit denen man Weck- und Mahnrufe über die Gasse blasen will. Das Buch? Aber was ist das? Was ist ja nichts, das ist eine Seifenblase. Ein Buch über Heringszucht oder Rudolf Herzog, vielleicht Konversationslexika oder Goethe komplett in 48 Bänden? Es soll gelesen werden? Aber was, ums Himmelswillen. Wenn man Bücher an sich verkaufen will, dann fehlt nicht viel dazu, jene blanken Reihen von guten Leder-einbänden zu verkaufen, die man zur räumlichen Komplettierung des Bücherbretts braucht und die nichts enthalten als eine Schicht Staub oder ein Bündel alter Gasrechnungen.

Man hat den Vergleich nicht allein mit dem Cervantes-Tag Spaniens, mit dem Dante-Tag Italiens gemacht, man hat auch gewagt, die Propaganda der Sowjets für das russische Buch in Kramläden auf den Märkten zu erwähnen. Das hätte man nicht tun sollen, denn man wird doch wohl nicht glauben, die Herren in Rußland wären im unklaren, mit welchem Inhalt die Bücher gefüllt sind, die auf ihren Jahrmärkten vertrieben werden. Wieder einmal um Entsetzen und Kummer derer, die Deutschland lieben, wird es offenbar, daß man sich eine Aktion in breiter Öffentlichkeit nur dann zutraut, wenn sie formal bleibt, wenn man glaubt, über ihre inhaltliche Bestimmung schweigen zu dürfen. Man greift das Buch an, als sei es ein Kosmetikum. Man spricht von dem Buch, wie man einen Ausverkauf für weiße Wäsche arrangiert. Wem diese Vergleiche zu grob erscheinen, der möge sich überlegen, was er empfinden müßte, wenn jemand für Gemälde schlechthin Propaganda machte. Wenn er nichts anderes anpreisen wollte, als Gelbilder handgemalt.

Es hat in diesem Programm für den „Tag des Buches“ einen Vorschlag gegeben, der zu diskutieren wäre, nämlich an diesem Tag, dem 22. März, an dem Todestage Goethes, in den Schulen Bücher als Prämien zu verteilen. Gerade dieser Vorschlag ist abgelehnt worden, und zwar von der Lehrerschaft mit der Begründung, man fürchte, einen ungesunden Ehrgeiz bei den Schülern zu erwecken.

Unbefriedigend, ja geradezu unverständlich bleibt der Vorgang, in dem ein rein formales Programm über Deutschland sich abrollt. Ja wir fühlen so heftig den Leerlauf des Formalismus, daß es uns bedrücken muß, den Namen Goethes mit ihm verbunden zu sehen. Wenn nämlich jener Tag, der in Zukunft fortgesetzt werden soll, keinen Inhalt bekommt, dann wird die ihm innewohnende Leere sogar den Begriff des großen Menschen antasten, es wird mit dem Muß von Reden, Fekern, ungeordneten, sinnlos zusammengestellten Büchern noch mehr Staub auf die Figur des Mannes sich niederlegen, und immer geringer wird den jungen Menschen das Glück teilhaftig sein, die echte Begegnung mit dem Leben „Goethe“ zu vollziehen.

Konjunkturforschung, die Voraussetzung für eine wirksame Beeinflussung des Konjunkturverlaufs

I. Die Konjunkturschwankungen sind periodisch wiederkehrende Veränderungen des Wirtschaftsablaufs, die sich als Störungen der Gleichgewichtslage kennzeichnen lassen. Ihre letzten Ursachen sind in der Tatsache zu suchen, daß die Gütererzeugung vom Streben einzelner nach Gewinn und nicht im Hinblick auf die Bedürfnisse aller ins Werk gesetzt wird. Eine Wirtschaft im Gleichgewicht, in welcher die Gütererzeugung den Bedarf an wirtschaftlichen Gütern entsprechen müßte, ist unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht denkbar. Es wird dem Sozialismus vorbehalten bleiben, durch eine planmäßigere Wirtschaftsführung, ermöglicht durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, einen gleichmäßigeren Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu erreichen.

Die Folgen der Konjunkturschwankungen, die das Wirtschaftsleben erschüttern, werden besonders unangenehm für die arbeitende Klasse fühlbar. Das Herabsinken der Wirtschaft aus einer guten Konjunktur in eine Depression bedeutet für die arbeitende Bevölkerung regelmäßig Arbeitslosigkeit und mehr oder minder stark eingeschränkte Konsummöglichkeit und damit eine gedrückte Lebenshaltung.

Bis vor wenigen Jahrzehnten erblickte man in dem periodischen Auf und Ab des Wirtschaftsablaufs etwas Zwangsläufiges, dem mit Maßnahmen wirtschaftspolitischer Natur nicht beizukommen sei. Erst in unserer Zeit hat sich diese Auffassung gewandelt. Heute sind es in erster Linie die Gewerkschaften, die eine konjunkturfördernde Wirtschaftspolitik fordern.

II. Die Wissenschaft hat von jeher dem Wechsel von Prosperität und Depression, von Hoch- und Tiefkonjunktur ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Zahllos sind die Versuche, die unternommen worden sind, um für die Wellenbewegung des Wirtschaftsablaufs eine Erklärung zu finden und um die Ursachen der Konjunkturschwankungen aufzudecken. Heute sind die Konjunkturlehre, die Konjunkturbeobachtung und Konjunkturforschung wichtige Gebiete der wissenschaftlichen Arbeit. Trotzdem gibt es auch heute noch Wissenschaftler, die heftige Gegner jeder von wirtschaftspolitischen Überlegungen diktierten Eingriffs mit dem Ziel der Konjunkturbeeinflussung sind, und die in einer aktiven Konjunkturpolitik die „Entgöttlichung des kapitalistischen Paradieses“ erblicken. Dennoch hat die Konjunkturbeobachtung, besonders während der letzten Jahre, beachtliche Fortschritte gemacht, so daß sich die Wissenschaft über die Bewegungen der Wirtschaft, die den Inbegriff des Konjunkturverlaufs darstellen, ziemlich im klaren ist. Damit sind die Voraussetzungen für eine systematische Beeinflussung des Konjunkturverlaufs gegeben.

Die Arbeiten des Instituts für Konjunkturforschung übermitteln der deutschen privaten Wirtschaft eine Fülle von Tatsachenmaterial, aus dessen Kenntnis heraus sich Entscheidungen treffen lassen, die über den Bereich des Einzelunternehmens hinaus ausgleichende und konjunkturfördernde Wirkungen auslösen können.

Zu einer umfassenden, praktischen Konjunkturpolitik, wie sie die Forschungsergebnisse auch heute schon ermöglichen, ist es bisher allerdings noch nicht gekommen. Alle dahingehenden Maßnahmen (Preisenkungsaktion der Regierung Luther) waren in der Vergangenheit Versuche an falschen Objekten oder (Arbeitsbeschaffungsprogramm 1926) unmittelbar veranlaßt durch die Auswirkungen einer bereits bestehenden Wirtschaftskrise, und hatten deshalb mit einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik, deren Ziel die Vermeidung oder die Abschwächung der rückläufigen Bewegung der Wirtschaft sein soll, nichts zu tun.

III. Die Gründung des Instituts für Konjunkturforschung erfolgte im Jahre 1925. Die Anregung dazu ging von dem Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Professor Dr. Ernst Wagemann, aus, der auch heute noch der Leiter des Instituts ist.

An der Gründung waren beteiligt: die Reichsregierung, die Regierungen der Länder, die Reichsbank, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Zentralverband des Deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Zentralverband Deutscher Konsumvereine, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie die großen Arbeitnehmerorganisationen.

Das Institut arbeitet in Anlehnung an das Statistische Reichsamt und in Verbindung mit ähnlichen Forschungsinstituten des In- und Auslandes. So ist das Institut z. B. mit verschiedenen Universitäten (Heidelberg, Jena, Kiel, Köln, Münster) in Verbindung getreten, denen die Bearbeitung bestimmter Zweiggebiete der Konjunkturfrage obliegt.

Die Aufgaben des Instituts gliedern sich in allgemeine Konjunkturbeobachtung, also Sammlung und laufende Veröffentlichung der wichtigsten Zahlen und des Tatsachenmaterials der Wirtschaftsbewegung und in Konjunkturforschung, d. h. Untersuchung von Gesetzmäßigkeiten des wirtschaftlichen Kreislaufs, Feststellung von sachlichen, zeitlichen und örtlichen Zusammenhängen der wirtschaftlichen Teilercheinungen.

IV. Fassen wir zunächst einmal den ersten Teil des Aufgabengebietes, die Konjunkturbeobachtung, ins Auge. Der volkswirtschaftlichen Betrachtung bieten sich massenhaft wiederkehrende einzelwirtschaftliche Vorgänge dar. Dem einzelnen eröffnet sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Erscheinungen nur ein verhältnismäßig enges Gesichtsfeld. Hinzu kommt, daß die subjektive Einstellung des einzelnen einer objektiven Beurteilung der Erscheinungen im Wege steht und auch Weltanschauungsfragen bei der Entscheidung über die Tragweite wirtschaftlicher Einzelvorgänge eine große Rolle spielen. Dadurch wird die amtliche Statistik zum wichtigsten Hilfsmittel für die Erfassung und Gliederung der Massenercheinungen innerhalb der modernen Volkswirtschaft. Sie ermöglicht es, die einzelnen Vorgänge im Rahmen der gesamten Erscheinungen des wirtschaftlichen Kreislaufes zu werten.

Dem Institut für Konjunkturforschung obliegt es, das Tatsachenmaterial der amtlichen Statistik zu einem Gesamtbilde des wirtschaftlichen Lebens zu rearbeiten. Die Kurven, die sich aus der bildhaften Bearbeitung der statistischen Zahlenreihen ergeben, bedürfen in der Regel der verfeinernden Hand. Notwendig ist oft die Herbeischaffung des Zahlenmaterials, das außerhalb der amtlichen Statistik zu finden ist und die Verarbeitung desselben. Auch die Wirtschaftszahlen des Auslandes werden vom Institut bearbeitet, so daß sich an Hand des öffentlichen ausländischen Materials Vergleichsmöglichkeiten für den Stand und die Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft ergeben. Die Konjunkturbeobachtung ist also im weitesten Sinne eine „verbesserte Konjunkturstatistik“, die es möglich machen will, mit Hilfe von Zahlenreihen und Kurven ein Bild der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu vermitteln.

V. Die Konjunkturforschung hat größere Aufgaben und weiter gesteckte Ziele. Ihr kommt es nicht allein auf die Uebermittlung von Tatsachen an, sie spürt den Ursachen der wirtschaftlichen Einzelercheinungen nach. Nur um ein Beispiel zu nennen: Aus dem Verlauf der Kurven der Arbeitslosigkeit mehrerer Jahre schließt die Forschung auf die Ursachen, die einem gradlinigen Verlauf des Beschäftigungsgrades entgegenstehen. Erst durch die Ausschaltung der Einflüsse der Jahreszeiten, der Wochen- und Monatsende (Saisonschwankungen) ergibt sich ein Bild, das die Konjunkturbeobachtung einigermaßen der Wirklichkeit entsprechend widerspiegelt. Aber auch diese Kurve wird sehr oft noch nicht genügen, um Vermutungen daran zu knüpfen, wie die künftige Entwicklung verlaufen wird. In solchen Fällen ist es erforderlich, auch noch die Grundrichtung (Trend) der Bewegung auszuschalten oder mit der gewonnenen Kurve in Beziehung zu setzen. Die Grundrichtung einer Entwicklung verläuft in den seltensten Fällen wagerecht. Als Beispiele seien nur genannt die Eisenerzeugung und die Güterbeförderung der Reichsbahn, die seit Jahrzehnten eine von Saison- und Konjunkturschwankungen unbeeinflusste Aufwärtsbewegung zu verzeichnen haben. Die Ausschaltung der Saisoneinflüsse und der Trendbewegung erfolgt nach oft ziemlich kompliziert mathematischen und rechnerischen Methoden.

Nach diesen Methoden gewinnt das Institut eine Fülle von Bewegungsreihen, von denen einzelne zu den sogenannten Konjunkturbarometern vereinigt werden. Diese werden in der Konjunkturforschung, in den Ergänzungsheften und in den Wochenberichten veröffentlicht. Gegenwärtig erstreckt sich die oben gekennzeichnete Arbeit auf acht Barometer. (Wagemann, Konjunkturlehre, Berlin 1928.)

1. Das Barometer der Produktion, das folgende Vorgänge miteinander vergleicht: Auftragseingang, Rohstoff-

einfluß, Produktion, Beschäftigung und Fertigwarenausfuhr. — 2. Beschäftigungsindex für Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrie. — 3. Das Barometer der Lagerbewegung. — 4. Der Außenhandel als Barometer des Binnenmarktes. — 5. Das Barometer der Geschäftsbispositionen, das miteinander vergleicht: die langfristigen Kredite, den Auftragseingang und die Beschäftigung. — 6. Das Barometer des Kredits, das Notenbankkredite und Wechselziehungen, Debitoren und Depositen, Emissionen von festverzinslichen und Dividendenpapieren miteinander kombiniert. — 7. Das Barometer der drei Märkte, in dem die Preisbewegungen auf dem Effekten-, dem Waren- und dem Geldmarkt gegenübergestellt sind. — 8. Das Barometer der Warenpreise. Es bezieht sich auf die konjunkturrempfindlichen Warenpreise der industriellen Rohstoff- und Halbwaren, Preise der industriellen Fertigwaren im Großhandel und die Einzelhandelspreise.

VI. Die Deutsche Konjunkturforschung ist, wie es im ersten Vierteljahreshft vom Jahre 1926 heißt, aus den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaftsführung erwachsen. Zuerst hat sich in den Vereinigten Staaten die Synthese zwischen Theorie und Praxis vollzogen. Auch das Deutsche Institut für Konjunkturforschung sucht die Vereinigung der wissenschaftlichen Arbeit mit den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaft herbeizuführen. Ihm haben zunächst die Veröffentlichungen des Harvard-Instituts als Wegweiser gedient, sofern sie sich durch die Schaffung eines vorzüglichen mathematischen Unterbaues, durch die besonders starke Heran-

ziehung der graphischen Darstellungsweise und vor allem durch die Aktualität des Materials auszeichnen.

Die Arbeiten des Deutschen Instituts sollen zunächst dem Unternehmer einen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Privatwirtschaft und Volkswirtschaft sowie zwischen den einzelnen Gewerbezeigen vermitteln. Die Kenntnisse vom Zustand der Gesamtwirtschaft, von der Beschaffenheit des Marktes, von der Geschäftslage anderer Gewerbezeige ermöglichen es dem Geschäftsmann, bei seinen geschäftlichen Dispositionen eher das richtige zu treffen als bisher. Aber nicht nur die private Wirtschaft, sondern auch die Gewerkschaften haben es in der Hand, bei Entscheidungen gewerkschaftspolitischer Natur die Ergebnisse der Konjunkturforschung heranzuziehen. Nicht zuletzt müssen aber die Arbeiten des Instituts die Voraussetzungen für eine wirksame Konjunkturpolitik schaffen helfen.

Das letzte und erstrebenswerteste Ziel der Konjunkturforschung muß es sein, durch fortgesetzte systematische Beobachtung der Einzelheiten des wirtschaftlichen Ablaufes mit der Zeit die Hilfsmittel zu gewinnen, mit deren Unterstützung sich Schlüsse auf die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung ziehen lassen, so daß eine einigermaßen sichere Voraussage (Konjunkturprognose) der zukünftigen Entwicklung möglich wird. Dann wird sich das Gleichgewicht zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch — soweit es unter dem kapitalistischen System möglich ist — herstellen lassen, dann erst kann durch geeignete Gegenmaßnahmen die Arbeitslosigkeit, deren Bekämpfung die Hauptaufgabe jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik sein muß, auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Denkschrift der Gewerkschaften zur Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter

Der Reichsregierung wie auch der preußischen Staatsregierung haben unser Verband und die übrigen an der Lohnbewegung beteiligten Organisationen unter dem 8. März 1929 nachstehende Denkschrift überreicht und gleichzeitig eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen beantragt. Die Denkschrift lautet:

Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Organisationen haben zum 31. Januar 1929 den Lohnantrag gekündigt. Bereits stattgefundene Verhandlungen verliefen vollständig ergebnislos und mußten mangels jeden Zugeständnisses der Regierungsvertreter vertagt werden. Unterdessen wächst die Notlage der Reichsarbeiter infolge der seit Jahren bestehenden völlig ungenügenden Löhne, verschärft durch den außerordentlich langen und kalten Winter, ins Unermeßliche und rasche Hilfe tut not.

Ueber die zurzeit in den Reichsbetrieben und -verwaltungen erzielten Wocheneinkommen eines angelernten Arbeiters geben nachstehende Zahlen Aufschluß:

Wochenlohn eines angelernten Reichsarbeiters (51 Stunden).

Ort	Anfangslohn	Endlohn (nach 5 Dienstjahren)	Anfangslohn verheiratet mit 1 Kind	Endlohn (nach 5 Dienstjahren verhe. mit 1 Kind)
Schneidemühl	28,05	30,09	31,11	33,15
Guben	28,05	30,09	31,11	33,15
Deutsch-Epiau	30,09	32,13	33,15	35,19
Eisenach	30,09	32,13	33,15	35,19
Allenstein	30,60	32,64	33,66	35,70
Frankfurt a. d. O.	31,11	33,15	34,17	36,21
Ansbach	31,62	33,66	34,68	36,72
Magdeburg	32,13	34,17	35,19	37,23
Königsberg i. Pr.	32,13	34,17	35,19	37,23
Hensburg	33,15	35,19	36,21	38,25
Kiel	33,66	35,70	36,72	38,76
Breslau	33,66	35,70	36,72	38,76
Aachen	35,19	37,23	38,25	40,29
Mainz	35,19	37,23	38,25	40,29
Frankfurt a. M.	37,74	39,78	40,80	42,84
München	38,25	40,29	41,31	43,35
Berlin	43,35	45,39	46,41	48,45

Diese Einnahme vermindert sich, abzüglich der Beiträge für Kranken-, Invaliden-, Erwerbslosen- und Ansehlohn- und Hinterbliebenenversicherung, um durchschnittlich 10 Proz. Demnach verbleiben als Nettowocheneinnahmen für einen angelernten, verheirateten Arbeiter mit einem Kinde in Großstädten wie Breslau, Königsberg, Magdeburg usw. 32 Mk. zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse übrig. In Mittelstädten wie Allenstein, Schneidemühl, Eisenach sinkt der Betrag auf 30 Mk. und darunter. Noch schlimmer ist es um die ungelerneten Arbeiter bestellt, deren Wocheneinnahmen sich noch ungünstiger gestalten.

Wenn man bedenkt, daß von diesen absolut unzulänglichen Löhnen, die oftmals nicht einmal das Nominaleinkommen eines Arbeiters der Vorkriegszeit überschreiten, Miete, Kleidung, Wäsche, Schuhe und andere für einen Haushalt notwendigen Bedarfsartikel bestritten werden müssen, und für die Beschaffung der Lebensmittel kaum 15 Mk. für die Woche übrig bleiben, dann erst kann man ermessen, wie es diesen Arbeitern, die nun seit Jahren ein solches Jammerdasein zu führen haben, zumute sein mag.

Und warum sind die Löhne der Reichsarbeiter so ungenügend? Auch darüber eine offene Antwort! Weil von der Reichsregierung die Löhne der Reichsarbeiter verglichen werden mit den Löhnen der Handwerker in der Metallindustrie (Fabrikbetriebe). Alle unsere Bemühungen in den letzten Jahren, die Vertreter der Regierung dazu zu bringen, bei der Lohnbemessung die vergleichbaren Berufsgruppen der Privatindustrie (Handwerksbetriebe) und die Gemeindebetriebe zum Vergleich heranzuziehen, fanden leider nicht das geringste Verständnis. Das ist um so bedauerlicher, weil bereits im Jahre 1925 in einem Schiedspruch das Reichsfinanzministerium verpflichtet wurde, in diesem Sinne zu verfahren.

Wie unhaltbar aber der jetzige Zustand geworden ist, soll die erste Tabelle auf Spalte 299 beweisen, die der Lohnstatistik des ADGB entnommen ist und daher auch Anspruch auf absolute Richtigkeit erheben kann.

Die vorstehend aufgeführten Berufsgruppen entsprechen restlos auch den in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern.

Zwischen den Lohnsätzen sind aber leider Differenzen zuungunsten des Reichsarbeiters bis zu 40 Pf. pro Stunde und darüber enthalten. Selbst wenn man, was wir gern zugestehen wollen, die sozialen Einrichtungen: Urlaub, Krankenzahlung, für die Reichsarbeiter mit einrechnet, dann bleiben immer noch Minusbeträge von 20 bis 30 Pf. pro Stunde übrig.

Wer also das Lohnelend der Reichsarbeiter beseitigen will, muß das System beseitigen. (Die Denkschrift bringt das bereits in Nr. 9 „Gew.“, Sp. 211 wiedergegebene Zitat Severings aus dem „Vorwärts“.)

Aus diesem Grunde dürfen also die Löhne der Reichsarbeiter nicht auf einem Lohnsystem aufgebaut werden, das unübersichtlich ist und nur auf dem Papier steht, in Wirklichkeit aber durch Abordnungs schläge weit mehr verdient werden kann.

Auch die Löhne der Eisenbahner dürfen nicht als Vergleichsmaßstab herangezogen werden; denn auch dort wird entweder im Gedinge (in den Werkstätten sogar bis zu 90 Proz.) gearbeitet oder durch sonstige Zulagen ein höheres Einkommen erzielt.

Sollen daher aus all den vorgenannten Gründen die Reichsarbeiter auch nur einen halbwegs den Verhältnissen gerecht werdenden Lohn bekommen, so gibt es nur einen Weg:

In Zukunft eine selbständige, für das Reich und seine Arbeitnehmer tragbare Lohnpolitik zu betreiben, die bei aller Rücksichtnahme auf Privatindustrie und staatspolitische Interessen zum mindesten so gehalten sein muß, daß auch die Arbeiter dabei zu ihrem Rechte kommen. Diese Lohnpolitik, die sich nicht richten kann nach lohnpolitischen Gesichtspunkten in der Privatindustrie, wird im Grundsatze wieder zurückgeführt werden müssen auf ihren Ausgangspunkt der Inflationsjahre, wo die Gehälter der Beamten und die Löhne der Reichsarbeiter gemeinsam festgesetzt wurden.

Damals erhielt der angelernte Reichsarbeiter denselben Betrag wie der vergleichbare Beamte der Besoldungsgruppe III in Stufe 3 erhalten hat. Wie sehr sich dieses Verhältnis nunmehr zuungunsten der Arbeiter ausgewirkt hat, zeigen nachstehende Zahlen:

Tariflich vereinbarter Stundenlohn des männlichen Dollarbeiters (Handwerker) am Ende des Monats Januar 1929 (in Pfennigen) in nachstehenden Industriezweigen:

Ort	Reichsarbeiter	Ge- mende- arbeiter	Mittel- arbeiter	Holz- arbeiter	Buch- binder	Buch- drucker	Schneiber	Bücher
Löben	64	72	65	83	110	—	—	—
Waldburg	66	77	107	97	110	102,5	82	—
Frankfurt a. d. O.	67	76	95	93	108	96	90	93,1
Gleiwitz	67	78	105	100	112	101,5	—	—
Königsberg	69	82,5	105	100	112	104,5	90	93,5
Breslau	73	93	118	101	112	101,5	97	94,6
Erfurt	74	84	123	100	110	105,5	97	89,6
Münzingen	74	89	90	94	98	91	80	—
Ohreuf	74	77	93,3	87	102	91,5	70	—
Magdeburg	75	84	125	110	112	106	97	100
Rosfok	75	83	101	101	108	100,5	90	93
Stettin	76	85	116	108	112	104,5	97	97,9
Hannover	78	86,5	129	112	112	104,5	105	112,5
Kiel	78	99	114	109	115	104,5	97	115,6
Zwickau	80	96	100	113	112	102,5	97	91,7
Aachen	82	100	112	112	117	107	105	97,9
Dortmund	82	93	123	112	117	117	109	116,7
Bremen	85	92	123	110	117	107	105	112,5
Chemnitz	85	91	136	113	115	109	105	114,5
Köln	85	104	148	123	117	117	115	120,8
Nürnberg	85	107	124	110	112	104,5	105	104,2
Dresden	86	98	135	113	115	107	105	104,2
Karlsruhe	86	110	127	108	117	107	105	101
Frankfurt a. M.	88	108	110	119	117	109	115	121,4
Leipzig	88	98	135	113	117	105,5	105	118,7
München	89	107	146	115	115	105,5	105	104,2
Mannheim	93	119	133	112	117	109	109	121,4
Stuttgart	93	108	134	110	115	105,5	105	120,8
Berlin	101	112	159	130	117	117	115	121,9
Hamburg	107	108	153	121	117	117	115	116,7

Vergleichbares Jahreseinkommen eines verheirateten Beamten der Besoldungsgruppe II und eines verheirateten angelernten Arbeiters bei den Reichsverwaltungen.

Bei dem Einkommen des Arbeiters sind 2652 Stunden zugrunde gelegt.

Ort	Beamte		Arbeiter		Differenz	
	Anfangs- gehalt	End- gehalt	An- fangs- lohn	End- lohn	Anfangs- lohn	End- lohn
Neiße (Schl.)	1944	2806	1564	1670	-380	-1136
Leck	1944	2806	1644	1750	-300	-1056
Waldburg (Schl.)	1944	2806	1671	1777	-273	-1029
Allenstein	1944	2806	1671	1777	-273	-1029
Eineburg	1944	2806	1697	1803	-247	-1003
Straßburg	1944	2806	1697	1803	-247	-1003
Frankfurt a. d. O.	1944	2806	1697	1803	-247	-1003
Ansbach	1944	2806	1724	1830	-220	-976
Königsberg	2034	2932	1750	1856	-284	-1076
Magdeburg	2034	2932	1750	1856	-284	-1076
Kiel	2034	2932	1830	1936	-204	-996
Breslau	2034	2932	1830	1936	-204	-996
Stettin	2034	2932	1856	1962	-178	-970
Koblenz	2109	3042	1909	2015	-200	-1027
Dortmund	2034	2932	1909	2015	-125	-927
Aachen	2154	3108	1909	2015	-245	-1093
Dresden	2034	2932	2016	2122	-18	-810
Frankfurt a. M.	2136	3064	2042	2148	-94	-916
München	2136	3064	2068	2174	-68	-890
Stuttgart	2136	3064	2148	2254	+12	-810
Berlin	2181	3130	2334	2440	+153	-690

Zu beachten ist bei dieser Tabelle noch, daß auch hier wieder bei den Arbeiterlöhnen durchschnittlich 10 Proz. für soziale Lasten in Abzug gebracht werden müssen und die Gesamteinnahme sich daher um diese Beträge ermäßigt.

Der Schritt, den wir mit dieser Eingabe an die Reichsregierung und den Reichstag getan haben, ist außerordentlich und einzig dastehend in der Nachkriegszeit. Wir sind aber dazu gezwungen worden durch die außerordentlichen Verhältnisse, für die wir leider die Verantwortung nicht mehr tragen können.

Bei den unterzeichneten Organisationen ist volles Verständnis dafür vorhanden, in welcher finanziellen Schwierigkeit sich zurzeit das Deutsche Reich befindet. Wo aber ein Wille ist, da kann auch ein Weg gefunden

werden. Da zurzeit etwa 54 000 Arbeiter im Reich beschäftigt sind, und eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde eine Mehrausgabe von 13 220 860 Pf. bei einer 51stündigen Arbeitswoche im Jahre betragen würde. Bei einem 10-Milliarden-Etat können auch noch einige Millionen für die absolut notwendigen Lohnverbesserungen der Reichsarbeiter aufgebracht werden.

Viele Millionen sind in den letzten Jahren den Volksgenossen aller Schichten bis hinauf zur Schwerindustrie an Unterstützung hingegeben worden. Es muß daher auch hier möglich sein, einmal helfend einzugreifen. Ein Schrei der Entrüstung ging im verfloßenen Jahre durch das deutsche Volk über die trostlosen Lohnverhältnisse der Bergarbeiter im Waldburger Gebiet, und es wurden öffentliche Sammlungen zur Linderung der größten Not veranstaltet.

Man sieht aber fest, daß die Lohnverhältnisse der Reichsarbeiter in diesen und vielen anderen Gebieten Deutschlands noch unter dem Einkommen des Waldburger Bergarbeiters liegen.

Die Reichsarbeiter wollen leben und ehrlich durch das Leben kommen. Bei den jetzigen Löhnen ist ihnen das aber nicht mehr möglich, und deshalb muß geholfen werden, und zwar sofort!

Gesagt sei noch, daß dem Verbandsvorstand in der letzten Zeit verschiedentlich Mitteilungen zugegangen sind, aus denen zu entnehmen ist, daß sich jetzt allenthalben zum Teil recht zweifelhaft agitatorisch auf die Reichs- und Staatsarbeiter stürzen und ihnen die unmöglichsten Räubergeschichten erzählen. Wir dürfen wohl von unseren Kollegen von vornherein erwarten, daß sie solchen Sirenenklängen nicht ohne weiteres nachlaufen. Wenn jemals bei den Reichs- und Staatsarbeitern Disziplin am Platze war und Zusammenhalt in der Organisation und Festigung des Organisationsgedankens, dann bestimmt bei dieser Lohnbewegung. Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter sind verbesserungsbedürftig; das haben wir überall und immer wieder in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht. Aber was in dieser Beziehung in den letzten Jahren von Seiten der bürgerlichen Parteien an den Reichs- und Staatsarbeitern gesündigt worden ist, ist heute schwer nachzuholen. Um aber allen weiteren Gerüchten ein für allemal ein Ende zu bereiten, sei festgestellt: weder der Reichs- noch der preussische Finanzminister persönlich haben sich bis jetzt zu den Lohnverhandlungen der Reichs- und Staatsarbeiter weder schriftlich noch mündlich geäußert, ebensowenig andere Mitglieder der Regierung. Wir haben im Gegenteil sogar festgestellt können, daß die Meinung, die die Regierungsräte, besonders auch der Vertreter Preußens, bei den letzten Lohnverhandlungen zum besten gegeben haben wohl ausschließlich ihren eigenen Gedankengängen entsprungen sein dürfte. Auf alle Fälle, eines können unsere Kollegen versichert sein: der Verbandsvorstand und die Sektionsleitung sind sich des Ernstes der Situation nach jeder Richtung hin bewußt, und wir können allen unseren Kolleginnen und Kollegen die Versicherung geben, daß wir diesmal nichts unversucht lassen werden, um trotz aller Hemmnisse, die uns entgegenstehen, die Bewegung zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Wozu?

Wozu, wozu haben wir Tag und Nacht uns geplagt und geschunden, daß wir Eisen und Platten sparten mit Hunger und Verzicht. Das war von uns Jungens, von uns allen in Jahren erworben, im Ru verschunden; ein nie gesehener, unheimlicher Drache verschlang's, das Gericht.

Hoffnungslos an den Werten der Reichen hämmerten wir uns hin. Wem fiel die Frucht unseres Wirkens in den Schoß? Die Stadt wuchs mit Fabriken und Palästen herrlich groß, wo blieb unser Lohn, blieb unser Gewinn?

Wieder schafften wir von früh bis spät, trugen aller Arbeiter Last, dorbien und sparten das Verlorene wieder zupack, fanden am Schraubstock, am Amboss, am Schmiedeherde, gruben im Morgen- und Abendlicht unseren Garten, Schweiß traß aufs Eisen, traß in die Erde — Was ein Sommer erwarb, fraß ein Winter auf.

Wie hätten wir dies ruhlose Leben, von Hoffnung leer, getragen, das uns immer wieder in die grauen Stride der Armut geschlagen, wir hatten ja nicht, wie die Mutter, unendliche Geduld, es ruhte auf unserer Arbeit der Fluß der schuldlosen Schuld.

Uns war die Jünglingskraft schon früh in Sorgen verblüht, wir waren des Strebens satt und der Enttäuschungen müd, wenn die ganze Woche umsonst das Feuer gegliht: Wie hätten wir des Lebens und der Arbeit Fluß so lange getragen, wenn nicht der Sonntag weit die Tore des Friedens aufgeschlagen?

Heinrich Eersch

Leipziger Messe und Arbeitnehmerschaft



Die Vertreter der deutschen Gewerkschaftspresse waren am 6. und 7. März 1929 einer Einladung der Messeleitung gefolgt, um Einblick zu nehmen in die wirtschaftliche und technische Auswirkung der Leipziger Frühjahrsmesse. Es darf vorweggenommen werden, daß dieser Einblick in verhältnismäßig kurzer Zeit

ein überaus gründlicher sein konnte, dank der vorbereitenden Maßnahmen der organisatorischen Leitung der Messe. In einem mehr denn zweistündigen Vortrag mit Lichtbildern brachte der Direktor Paul Vogt, stellvertretender Vorstand des Leipziger Messeamts, ein überaus interessantes und imponierendes Zahlenmaterial über die vierhundertjährige Entwicklung der Leipziger Messe, ihre Vorbereitungen, Wirtschaftsauswirkung und Bedeutung für Deutschlands Exporthandel sowie für die gesamten Industrien. Aus der ungeheuren Fülle des Materials möchten wir nur einige grundlegende Betrachtungen wiedergeben. Ebenso sollen einige beigefügte graphische Bilder anschaulich aufzeigen die gewaltige Entwicklung und Ausdehnung der Aussteller und Einkäufer auf der Leipziger Messe.



Gehen wir zunächst vom Begriff der Messe aus: Messe ist ein Markt. Zweck und Ziel dieses Marktes ist der Verkauf. Im Gegensatz zu den sonstigen Messeausstellungen in Deutschland (Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Breslau) dominiert also in Leipzig nicht das Ausstellungssystem mit Spitzenleistungen und wohlgeordneten pädagogisch eingestellten Uebersichten über die

jeweilige Industrie oder Waren, sondern die Organisation der Leipziger Messe ist in erster Linie darauf eingestellt, zu verkaufen, den Export zu heben und die Durchschnittswaren unserer Industrie, des Handwerks und des Handels in Einzelmustern den Einkäufern aus allen Ländern der Welt zur Kenntnis zu bringen. Während die Leipziger Messe auf eine nahezu

sechshundertjährige Vergangenheit zurückblicken kann, bestehen große Ausstellungen erst seit 1851. Man kann sogar wenn man streng historisch gehen wollte, sagen, daß große Messen (Märkte) zu allen Zeiten und bei allen Völkern seit Jahrtausenden bestanden haben. In Leipzig findet eine solche Uebersicht der gesamten deutschen Erzeugnisse des Handels und Handwerks sowie der Industrie zweimal im Jahre statt: im Frühjahr und im Herbst. Während aber früher in der Hauptsache der Großhandel als Massenveranstalter auftrat, sind es heute die Einzelkäufer und Fabrikanten selber. Dabei ist zu bedenken, daß der Konsument als Einzelkäufer ausgeschlossen ist. Es dreht sich bei der Leipziger Messe allemal um Einkäufer zum Wiederverkauf. Daher finden in der Regel Abschlüsse von gewaltigem Ausmaße an Waren

statt. Die Frühjahrsmesse 1928 brachte bei etwa 185 000 Einkäufern und 10 000 Ausstellern einen Rekord, wie man in der Vorkriegszeit ihn nie ermarkt hätte. So zeigte die Frühjahrsmesse 1914 erst 20 000 Einkäufer, während 1928 allein 29 000 Einkäufer vom Auslande vertreten waren, worunter weit über 2000 Amerikaner, zahlreiche Vertreter aus exotischen Ländern,

Wilder Streik im „Eisernen Moloch“

III. (Schluß.)



Wieder mit Poncelet! heulten plötzlich einige Stimmen aus einer Gruppe, in der man Gaudots Bande und die schwarzen Physiognomien des vorigen Abends erkannte. Anfangs ging der Beifall ohne Widerhall in der Menge verloren; aber als die Rufe nicht aufhörten und die Unzufriedenen versuchten, eine Bresche zu schlagen und das Tor einzudrücken, entstand ein arges Drängen in der Nähe des Einfriedungsgitters, das in kaum einer Minute freigemacht ward. Man erwartete irgend etwas, Poncelets Erscheinen oder das der Ingenieure, den Befehl, die Tore zu öffnen, die Erlaubnis, die Arbeit wieder aufzunehmen, irgend etwas Außergewöhnliches, man wußte selbst nicht was, das alle in atemloser Spannung erhielt.

Da begann man vor den unerbittlich geschlossenen Türen Beratungen abzuhalten; es wurde beschlossen, zehn Delegierte an die Direktion zu entsenden, um die Beschwerden der Arbeiter vorzubringen und zu verhandeln. Huriauz schlug die zehn Aeltesten vom „Moloch“ vor, zwei Puddler, zwei Heizer, einen Schmied, einen Schieber, und die übrigen aus andern Abteilungen der Fabrik. Aber die meisten, alte, durch den langen Frondienst verhärtete Proletarier, die der Gedanke, den „Herrenleuten“ gegenüberzutreten, erschreckte, schoben die Mission, zu reden, einer auf den andern. Um all diesem Zögern ein Ende zu machen, zog irgend jemand an der Klingel vor dem Eingangstore. Fast allsgleich trat Totenstille bei der wogenden Menge ein, als folgten

alle dem vibrierenden Tone, der mit seinem metallischen Klang dem Direktor den Notschrei der Menge übermitteln sollte.

Schon ließ seinen Rechen stehen und fragte nach dem Begehren.

„Geh zum Herrn Poncelet und sag ihm, daß zehn Männer ihn sprechen wollen. Zehn, nicht einer mehr!“

Im nächsten Augenblick sah man den Holzfuß, der Instruktionen erhalten haben mochte, auf die Bureaus zuhumpeln. Nach einer kleinen Weile erschien er wieder, vom Betriebsleiter und Jamioul gefolgt. Beifallrufe flogen in die Luft:

„Hoch Jamioul!“ Vor diesem energischen Sympathiebeweis trat der andere Ingenieur zurück. Da näherte sich Jamioul, der sich seit Ausbruch des Streiks selbst in einer ungeheuren Aufregung befand, und sprach mit erstickter Stimme:

„Liebe Freunde, ihr werdet begreifen, daß es der Direktion unmöglich ist, mit euch allen zu verhandeln. Ich nehme daher in ihrem Namen das Anerbieten an, zehn von euch eintreten zu lassen.“ (Jamioul war der Betriebsingenieur und arbeiterfreundlich.)

Neuerliche Beifallrufe drangen aus der Menge; dann betraten die Aeltesten den Hof und wurden von den zwei Ingenieuren in das Sprechzimmer des Direktors geleitet. Poncelet stand bei seinem Schreibtisch und kante in schiefer Erwartung an seiner Zigarre. Als sie der Reihe nach eintraten und sich mit linkschen Schulterstößen gegenseitig vorshoben, während sie kleine, verlegene Verbeugungen machten, begrüßte er sie:

„Gutes Tag, Kinder. Laßt hören, was wollt ihr?“

aus Asien, Türkei usw. Während nun in früheren Zeiten die Leipziger Messe sozusagen alle Waren aller Erdteile aufwies, hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts eine moderne Mustermesse entwickelt, die nicht mehr ganze Partiewaren aufweist, sondern nur noch Einzelmusterstücke, wonach der Einkäufer die Waren bestellt. Bei der Mannigfaltigkeit unserer modernen Industrien ist es ganz unmöglich, daß Reisende mit Musterkollektionen alles aufzuzeigen, was eine solche Industrie bietet. (So weist z. B. die Spielwarenindustrie auf 500 bis 600 Quadratmetern die verschiedensten Muster auf.) Ebenso sind die großen Maschinen usw. (Sperrgüter) infolge ihrer Raumbeanspruchung nicht durch Reisende oder andere Methoden aufzuzeigen. Weil also Handel, Handwerk und Industrie nicht zum Großkunden kommen konnten, mußte der Großkunde (Großhandel usw.) zur Leipziger Messe kommen. Hier war der bequemste Einkauf möglich unter gleichzeitiger Führungnahme zumeist mit den entscheidenden Vertretern der betreffenden Industrie. Anders ausgedrückt, kann man auch sagen, daß der Besuch der Leipziger Messe den Besuch von hunderten von Fabriken einer Industrie erspart.

Leipzig hat sich als Zentrum der Gütermesse zweckmäßig erwiesen. Da sehr häufig die Leiter der Firmen auf der Leipziger Messe selber anwesend sind und die Einkäufer der verschiedensten Länder, auch Deutschlands, meist alle Vollmacht besitzen, so werden ungeheure Umsätze erzielt. Zwar liest man in den Tageszeitungen während der Messe in der Regel einen mehr oder minder zurückhaltenden, wenn nicht gar pessimistischen Bericht. Die später, etwa in Jahresfrist, herauskommenden Zahlen, die noch dazu meist sehr unvollständig sind (da begreiflicherweise die einzelnen Messeaussteller nur summarische Angaben machen), zeigen aber in der Regel ein ungeheures Wachstum des Einkaufs sowohl für den Export (Ausland) wie auch für das Inland.

Wenn es hierfür noch eines Beweises bedürfte, so braucht man nur an den wachsenden Massenverkehr nicht nur in den Straßen Leipzigs, sondern auch vor allen Dingen an das ungeheure Wachsen der Messpaläste zu denken, in deren neuzeitlich eingerichteten Riefenräumen ein dauerndes Kommen und Gehen, aber auch ein zahlreiches Abschließen von Einkäufen festzustellen ist. Man schätzt die Summe der Ausgaben für Neu-

bauten an Messpalästen in den letzten Jahren allein auf 260 Millionen. Wenn man nun auch über die bauliche Gestaltung der älteren, ja ganz neuer Messpaläste in der inneren Stadt geteilter Meinung sein kann in bezug auf ihre Architektur, so ist andererseits wieder anzuerkennen, daß insbesondere in der Technischen Messe und der Baumesse der neuzeitlich sachliche Stil sich mehr und mehr durchringt und Zweckmäßigkeitsbauten von hoher Schönheit geschaffen hat. Die Technische Messe ist in diesem Jahre beinahe eine Stadt für sich. Wir möchten aber mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse auf die besonderen Betrachtungen in unserer „Technik und Wirtschaft“ hinweisen.

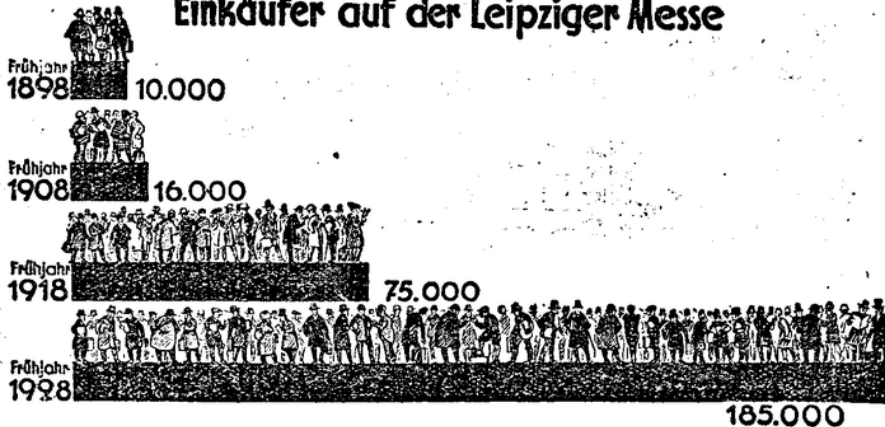
Interessant für die Gewerkschaften ist die Organisation der Messeleitung. Es sind drei Vertreter der Stadt Leipzig, drei Vertreter der Handelskammer und sieben Vertreter vom Messe-Derein. Der letztere setzt sich zusammen aus den leitenden Personen der

Industrie und des Handels. Wenn wir den Ausführungen der Messeleitung (insbesondere auch des bekannten Großindustriellen der Porzellan-Industrie, Herrn Rosenthal, der uns am Abend des ersten Tages eine interessante Stunde schenkte) Glauben schenken dürfen, so legt man Wert darauf, zu betonen, daß neben der großen Bedeutung der Leipziger Messe der Export Deutschlands entscheidend beeinflusst wird von dem

Absatz der Leipziger Messe. Herr Rosenthal war auch der Meinung, daß gerade diese Art der Organisation, die ohne die Umstände eines bürokratisch-behördlichen Apparates kurzfristige Entscheidungen fassen kann, für das Gelingen der Leipziger Messe entscheidend gewesen sei. Wir vermögen das im einzelnen nicht nachzuprüfen, können uns aber immerhin, wenn wir das gesamte Stadtbild im Auge halten, die Randbemerkung nicht verkneifen, daß manches in der Stadtdenkmäler Leipzigs wohl einheitlicher und auch schöner sein könnte, wenn nicht jeder einzelne Messpalast der Willkür irgendeines Architekten überlassen worden wäre, sondern der Stadtdenkmäler ein gewichtiges Wort hätte rechtzeitig mitreden können. (Als abschreckendes Beispiel sei nur der Textil-Messpalast genannt, der allerdings zunächst wohl nur als vorübergehend gedacht war.)

Wir möchten auch an dieser Stelle noch einmal unterstreichen, daß ein Vertreter der Gewerkschaftspresse Herrn Rosenthal in

Die Zahl der Einkäufer auf der Leipziger Messe



„Gnädiger Herr,“ sprach Felician-Polpore Painvin, ein Heizer, der seit einem halben Jahrhundert im „Moloch“ arbeitete, „die Kameraden schicken uns wegen der Lohnangelegenheit. Man möchte schon wieder arbeiten, o ja, aber man soll uns unsere vier Sous wieder zurückgeben.“ Nachdem er anfangs zwischen den einzelnen Worten verlegen in die Hand gehüßelt hatte, war er immer mutiger geworden und stand nun stramm vor dem Direktor, seine Mühe zwischen den Fingern zerknüllend.

„Er hat ganz recht, der Painvin“, bekräftigte der Hammer-schmied Grogneau. „Die Kameraden verlangen das. Und sie sagen, daß die Herren von der Verwaltung sowieso genug Geld einnehmen, daß sie nicht noch den armen Leuten das bißchen Brot wegzuschnappen brauchen.“

Nun kam ihm auch einer der Heizer zu Hilfe:

„Bei den harten Zeiten, die jetzt sind, wäre das wirklich nicht schön von Ihnen. Alle Wetter! Es gibt auch ohne das genug Elend.“

„Hunger haben wir“, brummte der Schieber Suret in den Bart.

Wie Pistolenschüsse knallten sie diese Erklärungen einer nach dem andern ab, mit gerunzelten Brauen und vor Aufregung zitternd, ohne in ihren schwerfälligen Gehirnen, die bloß mit einer beschränkten Anzahl von Begriffen und Ideen dahingevegetierten, andere Argumente als die des Mitleides und ihres Elends aufzuzählen zu können.

Poncelet ließ sie ruhig ihr Herz ausschütten; sodann antwortete er ihnen als gewandter Redner mit denselben Argumenten, die alle Direktoren im Kampf mit den Arbeitern

unwandelbar ins Treffen führen. Er wünschte sich nichts Besseres, als ihnen alle Tage ein Huhn in ihren Kochtopf geben zu können; er hielt sie alle für wackere Leute, liebte sie wie seine eigenen Kinder; aber die Geschäfte gingen schlecht, die Lager seien überfüllt, und um Arbeiter und Arbeitgeber schlingte sich das enge Band gemeinsamer Interessen. Er spann dieses Thema mit banalen, höflichen Phrasen aus, die ihnen die Lippen verschlossen; denn sie fühlten sich unfähig, ihm in gleicher Weise zu entgegnen. Und festgebannt standen sie da, von seiner Beredsamkeit zermürbt, von den Fäden seiner bestrickenden Rede umgarnt. Sodann schalt er sie in freundschaftlicher Weise wegen der Kindereien, zu denen sie sich hatten hinreißeln lassen, zu dem unnützen Streik, dem man durch eine Aussprache hätte vorbeugen können. Und er schloß mit der Erklärung, daß die Administration die Lohnreduktionen aufrechtzuerhalten, so sehr sie es auch bedauere, hierzu genötigt zu sein, und daß sie verspreche, nach Beendigung der Krise die Auszahlung nach den früheren Sätzen vorzunehmen.

Sie hatten ihn angehört, ohne alles zu verstehen; in ihren großen Ohrmuscheln brausten seine Worte wie ein tosender Wasserfall und als er innehielt, sahen sie sich verduzt an. Sie mißtrauten ihm zwar noch, doch waren sie halb und halb zu den Gründen, die ihnen Poncelet klargelegt hatte, bekehrt. Mit gedämpfter Stimme kerkerten sie untereinander.

Grogneau, dem wohlklingende Phrasen nicht ganz fremd waren, erklärte, daß Poncelets Gründe eigentlich recht annehmbar wären; aber einer der Heizer hob sein Kinn mit einer ungeschlüssigen Grimasse vor:

„Werden wir erfahren, ob er wirklich die Wahrheit gesagt hat?“

freundschaftlicher Weise erwiderte, der deutschen Arbeiterschaft könne nicht nur an einem regen Export liegen, sondern noch wichtiger erscheine ihr die Kräftigung des Inlandmarktes, so daß hier eine erhöhte Konjunktur der Waren-erzeugnisse möglich sei.

Wir möchten auch nach unserer Besichtigung zahlreicher Kleinmessen (Spielzeugwaren, Kunstgewerbe, Musikinstrumente, Haushaltsartikel usw.) sagen, daß weite Gebiete unserer Industrie, insbesondere aber auch die Heimindustrie, heute noch Artikel von zweifelhaftem Wert fabrizieren, die durch die Tradition sich „wie eine ewige Krankheit forterben“. Das soll und kann natürlich kein Vorwurf sein für die Leipziger Messe, die ja nur die Aufgabe hat, auszustellen was ist. Aber es bleibt deswegen doch nicht minder wünschenswert, daß auch hier allmählich gewisse ästhetische und zweckmäßige Minimalanforderungen gestellt werden müssen und die Pädagogik und Kultur auch für den Warenmarkt Anwendung findet.

Wie anders war zum Beispiel das Bild gegenüber der Kleinmesse in den großen prachtvollen Räumen der Technischen Messe, wo das Kapitel die große Bedeutung bekommt „Mensch und Maschine“. Wahrscheinlich, auf der Leipziger Messe kann man es erleben, die Rationalisierung unserer Industrie hat sich in ungeheurem Ausmaße vollzogen und doch stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung. Einerseits leidet die Arbeiterschaft schwer darunter durch Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft. Die Arbeitslosigkeit wird größer und das damit verbundene Elend. Andererseits ist die Steigerung der Produktivität der Arbeit und damit der Volkswirtschaft ein Entwicklungsgang, dem sich niemand entgegenstellen kann. Deswegen haben auch die Gewerkschaften niemals gegen die Rationalisierung an sich Stellung genommen. Sie fordern nur, daß auch die Arbeiterschaft in zweifacher Beziehung als Produzenten und Konsumenten Anteil haben sollen an der wachsenden Produktivität.

Und da kommen heute angesichts der Preislagen der großen Mehrzahl notwendiger Kulturartikel einem doch Bedenken. Die Spanne zwischen Produktionspreis und Warenpreis auf dem Kleinmarkt ist so ungeheuerlich, wie es die Weltgeschichte wohl nie

erlebt hat. Dem Arbeiter entfährt man den Segen der Produktionssteigerung. Mühsam muß er sich mittels seiner Gewerkschaft einen Lebensstandard erkämpfen! Und den Arbeiter als Konsumenten wiederum beutet man in „großzügigster“ Weise aus. Das geht von oben bei den Banken herunter bis zum Kleinhändler. Wohl haben besonders in Sachsen, Hamburg und Berlin die Konsumgenossenschaften versucht, preisregulierend zu wirken, um der Arbeiterschaft gute Ware für erschwingliche Preise zu schaffen. Gemessen am Gesamtwarenmarkt sind aber diese Versuche doch noch gar zu klein. Das kommt einem besonders in der Leipziger Messe erschrecklich zum Bewußtsein. — Eine ungeahnte Ausdehnung haben die Erzeugnisse wie Radio, Kino, Photo, Optik usw. gewonnen. Sie sind mehr und mehr auf den Absatz für breite Massen eingestellt. Aber auch hier wird noch immer durch viele Zwischenhände und Monopolpreise mit Musterzuschuß, wucherisch verdient. Es fragt sich, wenn schon kein staatlicher oder öffentlich-rechtlicher Preisregulierungsangriff möglich ist, ob nicht die Fabrikanten selbst und auch der solide Handel ein erhebliches Interesse daran hätten, ihren Absatz durch Senkung der Preise gewaltig zu steigern. Die deutsche Arbeiterschaft bedarf der Waren. In ganz anderem Umfang könnte sie sich als Käufer betätigen, wäre sie nicht behindert durch niedrige Löhne und unvernünftige Preisgestaltung.

Man sagt mit Recht, und das konnte man auch von den Vertretern des Messeamts hören, daß Deutschland in der Weltwirtschaft nur etwas bedeuten kann mittels der Qualität seiner Arbeit. Qualitätsarbeit hat aber zur Voraussetzung ein außerordentlich sorgfältig geschultes Volk, eine Arbeiterschaft, die lebhaft interessiert ist an Produktion und Wirtschaft. Wie soll das aber geschehen, wenn die Sorge um die Existenz dauernd im Vordergrund steht, wenn Arbeitslosigkeit und ungenügender Lohn mit Recht Verbitterung und Unruhe erzeugen müssen. Qualitätsarbeit kann nur gedeihen, in einer Sphäre technischen Könnens und technischen Interesses, in einer Sphäre aber auch einer gewissen wirtschaftlichen Sicherheit.

Die Gewerkschaften haben mit ihrer Tarifpolitik bewiesen, daß sie den Weg zur Qualitätsarbeit in Deutschland gutheißen und fördern. Die Gewerkschaften wissen ganz genau, daß ohne

Zahl der Aussteller der Leipziger Messe 1898 bis 1928

frühjahr 1898  1701

frühjahr 1908  3501

frühjahr 1918  3681

frühjahr 1928  10106

„Na“, brummte der Schieber. „Wenns wahr ist, dann kanns mir recht sein. Dann hat er freilich auch recht.“

Da das Stimmengewirr ihrer Beratungen kein Ende zu nehmen schien, wandte sich Poncelet, der mit Beru und Colet, den beiden Ingenieuren, sprach, nach ihnen um und sagte herablassend:

„Wenn ihr mich noch etwas zu fragen habt, so geniert euch nur nicht, liebe Freunde, ich stehe euch gerne zur Verfügung.“

Da wagte Painwin noch einen letzten Versuch:

„Ich weiß ja, daß Sie ein ehrlicher Mann sind. Man kennt sich doch, nicht wahr? Aber immerhin, das war nicht recht von Ihnen; das Brot ist um anderhalb Centimes pro Pfund teurer geworden. Bis jetzt war das Leben auch schon so schwer. Was soll jetzt werden? Die Kameraden werden uns alle Lumpen nennen, wenn wir zurückkommen ohne die vier Sous.“

Und in seiner Ohnmacht, ihre Beschwerden ordentlich auszudrücken, häute er alles Gesagte wieder, ihr Elend, ihre Kinder, die Ueberschwemmung, die ihnen ihre Habe geraubt, und dann noch die Katastrophe, die in den Familien die Köpfe weggemäht hatte. Aber bei dieser Anspielung fiel ihm Poncelet ins Wort, und im Tone sanften Vorwurfs sprach er mit zitternder Stimme von den Opfern, die die Verwaltung auf sich genommen, von den bewilligten Pensionen, den Schmerzensgeldern für die Derunglückten; man hatte die Kassen vollständig ausplündern müssen, um nach besten Kräften das Unheil gutzumachen, die Familien abzufinden, das Walzwerk zu rekonstruieren usw. Nun fand er beinahe echte Tränen, um die Lücke, die in dem Budget entstanden war, zu beweinen. Uebrigens wären sie auch ein wenig selbst schuld an dem

Elend, über das sie klagten; sie hätten keinen Ordnungssinn, verstanden nicht, ein wenig Geld beiseite zu legen für schlimmere Zeiten, und praktien, anstatt zu sparen. Er stellte sich selbst als Muster hin, er, der erste Leiter einer großen Gesellschaft: nur durch Sparsamkeit und Voraussicht war es ihm gelungen, in dieser etwas anders gearteten Wirtschaft des Hüttenwerkes Ordnung zu halten. Jamioul, der sich in eine Ecke des Zimmers hinter den Schreibtisch zurückgezogen hatte, hörte ihm mit gesenktem Haupte und verschränkten Armen zu. Düstere, tieftraurige Blicke warf er auf dieses Häuflein ungebildeter Menschen, über die wieder einmal eine Schauspielerkomödie Recht behalten sollte; und er gedachte der ständigen Rolle des Betrogenen, die der Arbeiter in seinem Kampfe gegen die Brotgeber spielt, wenn er nackt und unbewehrt, keine andern Argumente ins Treffen zu führen vermag als seine abgezehrten Glieder, seinen Gram, seine kümmerliche Leidensgestalt eines gebrochenen Riesen, während jene, die Kapitalisten, mit ihren Sophismen, ihrer bestrickenden Dialektik, mit allen Vorteilen der Erziehung, der gewohnten Denktätigkeit und dem Nimbus der Autorität bewaffnet, zu Felde ziehen. Poncelet hatte sich einen Schlusseffekt aufgespart:

„Ihr seid biedere Leute. Nun also, hört, ich frage euch, könnt ihr uns etwas vorwerfen? Haben wir nicht mit väterlicher Hilfsbereitschaft für euch gesorgt? Haben wir nicht alle Leiden, von denen wir erfuhren, zu lindern versucht? Sagt, ist's denkbar, daß man mehr und besseres leisten könnte, als was wir getan?“

Die Männer ließen die Köpfe sinken. Beim Sprechen war er auf sie zugetreten, hatte sich unter sie gemischt, als wollte er sich damit aller Privilegien des Standesunterschiedes begeben. Und ge-

ein Aufblühen der deutschen Wirtschaft es keinen Wohlstand geben kann und daß eine Rückkehr zur Landwirtschaft oder zum primitiven Handwerk eine Phantasieprodukt ist für die Mehrzahl des deutschen Volkes. Die Industrialisierung Deutschlands ist ein unaufhaltsamer Entwicklungsprozeß, dem sich die Arbeiterschaft niemals entgegenstellt. Sie fordert andererseits, daß alle Kreise, Handel und Industrie, erkennen lernen, daß der qualifizierte Arbeiter auch Anspruch auf erhöhte Lebensbedingungen hat und daß im Zeitalter der Maschine ebenso der ungelernete und angelehrte Industriearbeiter fordern kann, daß ihm eine größere Sicherung und ein größerer Anteil am Arbeitsprodukt gegeben wird. Diese Erkenntnis fehlt leider noch vielfach in den Kreisen der Fabrikanten und Industriellen sowie bei den Vertretern des Handwerks. Wir Gewerkschafter können sie nicht ausschalten bei der Betrachtung eines Ausschnitts aus der deutschen Wirtschaft, wie es die Frühjahrsmesse in Leipzig 1929 ist. Besonders würdig, groß, ja imponant ist das Schaubild dieser Messe. Eine volle Befriedigung läßt sich aber in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nur erreichen, wenn auch der Arbeiterschaft ihr Teil wird. Emil Dittmer.

Sammelsurium

In den großen Seehäfen, wo neben einem Stamm von festen Leuten täglich einige tausend Hilfsarbeiter beschäftigt werden, stößt man zuweilen auf Menschen, denen es auf den ersten Blick anzusehen ist, daß sie bessere Tage erlebt haben.

Nicht von denen will ich reden, die drei oder vier Jahre ein Handwerk erlernten und es wegen Ueberfülle im Beruf, Untauglichkeit oder aus gesundheitlichen Gründen an den berühmten Nagel gehängt haben; ihre Zahl ist Legion. Ich denke an diejenigen, die irgendwie Schiffbruch erlitten, die eigene Unzulänglichkeit oder die rauhe Hand des Schicksals von der ebenen, sonnigen Straße des Lebens abgedrängt hat und ihnen Sackkarre und Schaueremannshaken in die wohlgepflegten Hände drückte.

Da ist der ältere Herr mit den glanzlosen Augen. Er trägt einen Rockanzug bei der Arbeit, der die Spuren seiner Maßarbeit zeigt. Dieser Mann war einst Lehrer und unterrichtete die Jugend im Lesen, Schreiben und Rechnen. Eines sittlichen Defektes wegen, den er nicht zu meistern verstand, mußte er den Dienst quittieren. Nachdem er anderweitig vergeblich angeklopft hatte, wurde der Hafen seine letzte Zuflucht. Nur schwer kann er sich an die hier übliche herbe Ausdrucksweise gewöhnen, spricht immer ein untadelhaftes Hochdeutsch und streut ab und zu Brocken seiner Gelehrsamkeit aus. Im übrigen schiebt er resigniert die Karre und philosophiert über die Schattenseiten des Lebens.

Wer ist jener schmächtige Mensch, der seine Liebe Not hat, die drei Säcke Steinnüsse, die je hundert Kilo wiegen, an den Stapel zu befördern? Er ist nicht so alt, wie er aussieht, und die Falten in seinem Gesicht sind kein Merkmal ausgestandener Not,

sondern Zeichen eines wüsten Lebens. Wahrlich, in den Schlummerliedern, die seine Mutter ihm als Kind sang, deutete keine Silbe darauf hin, daß er demaleinst sein Brot mit der Karre erarbeiten müsse. Sein Vater besaß eine blühende Fabrik. Er aber war ein lockerer Geselle, der nach des Vaters Tod sich den Teufel um die Fabrik kümmerte, sie vielmehr als eine unverfügbare Geldquelle betrachtete, die ihm ein glänzendes Herrenleben mit Weibern und Rennpferden für seine Lebenszeit sicherte. Aber die Quelle versandete eines Tages, und die Fabrik kam unter den Hammer. Als er von seinen ehemaligen Freunden etwas holen wollte, zuckten sie bedauernd mit den Achseln. Nun hat er Zeit, die Bilanz, die Leichtsin und Derantwortungslosigkeit ihm präsentierten, auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen.

In diesem bunten Kabarett des Lebens darf unser Freund, der Artist nicht fehlen. Er biegt Eisen, zieht die stärksten Expander, jongliert mit sechs Bällen, brilliert als Akrobat und soll auch ein nicht zu verachtender Gegner im Bogen sein. Bedauerlicherweise ist er meistens frei und, um nicht zu verhungern, gezwungen, im Hafen Gastspiele zu geben, wo er seine kostbare Kraft im Hantieren von Säcken, Kisten und Ballen verschwenden muß. Aber er ist nicht beleidigt, weil sein Glückstern nicht aufgehen will, und hofft zuversichtlich, daß ein glänzendes Engagement ihn eines Tages zu Ruhm und Reichtum führen wird.

Dort kommt ein Mann in den mittleren Jahren mit einer Karre, die mit Kaffee beladen ist, angefahren und sucht gewissenhaft ängstlich die Marken. Er trägt einen Klemmer und ein Schmiß ziert seine rechte Backe. Es wird erzählt, daß er einst die Rechtswissenschaft studierte. Er selbst spricht nur ungerne über die Vergangenheit, verrät aber durch seine gewählte und eindrucksvolle Art zu reden, daß das Gerücht nicht einer gewissen Begründung entbehrt. Die schiefen Kurven des Lebens haben ihn jedenfalls anstatt auf den Richterstuhl in den Hafen geführt. Er hat ein ausgeprägtes Rechtsgefühl und hält es unter seiner Würde, sich zu drücken. Aber er ist auch schwer zu überzeugen, daß die Luke zwei Seiten hat, und nicht leicht zu bewegen, wenn er immer das Gut von der rechten Seite abgeholt hat, einmal nach der linken zu fahren, falls dort zufällig kein Schieber ist.

Jener gedrungene Mensch mit dem gedunfenen Gesicht und dem ehemals stolzen Bart, der jetzt wie die Zweige einer Trauerweide trüblich nach unten hängt, stand vor dem Weltkrieg in chinesischen Diensten und bekleidete die Stelle eines Hafenmeisters. Wie er selbst sagt, hat der Krieg seine Existenz vernichtet. Wenn er seine Photographien zeigt, wo er in schmucker Uniform prangt, ein joviales Lächeln in den Zügen, leuchtet ein gewisser Stolz in seinen wässerigen Augen auf. Er ist ein gutmütiger Geselle, der bei guter Laune vorzüglich aus China zu erzählen weiß. Ich habe ihn stark im Verdacht, daß er gelegentlich gehörig über den Durst trinkt. Ob aus Gram? Ich weiß es nicht. Vielleicht zaubert ihm der Alkoholgeist die Bilder vergangener besserer Tage vor.

Ernst Riebig, Hamburg.

mütlich, mit gesuchter Freundlichkeit, die Hände in den Hosentaschen, verfolgte er sie mit seinem fortwährenden: „Sagt, Ists nicht so?“, das er ihnen wie eine Lanze in die Seiten stach.

„Es ist ja wahr, dagegen läßt sich nichts sagen“, wiederholten sie mechanisch, da sie sich in ihren letzten Verschanzungen geschlagen sahen, und nickten resigniert mit den Köpfen.

Painvin zog sich als erster langsam zur Tür zurück; er bedeckte sich mit seiner Mütze, nahm sie sodann wieder ab. Und als er mit schleppenden Schritten schon im Hinausgehen war, machte er noch einen letzten Versuch zu feilschen:

„Herr Direktor, wenigstens zwei Sous geben Sie drauf!“

„Ganz ausgeschlossen“, beteuerte Poncelet. „In diesem Punkt ist es mir ganz unmöglich, nachzugeben: ihr kennt jetzt die Gründe. Geht und sagt euren Kameraden, daß ich bereit bin, sie wieder zurückzunehmen unter der Bedingung, daß sie sich morgen früh in den Werkstätten einfinden. Sagt ihnen auch, daß es mir eigentlich ganz gleichgültig ist, wenn sie feiern: unsere Lagerbestände reichen wenigstens für sechs Monate aus.“

Jamioul, dem die Szene das Herz abdrückte, und der hinter ihren nutzlosen Einwendungen die schließliche Unterwerfung ahnte, drängte sie nun auch zum Eingang und sagte:

„Verliert nur nicht den Mut. Es werden bessere Zeiten kommen. Nicht immer werdet ihr so unglücklich sein.“ Betäubt gingen sie weg und besprachen untereinander, was sie hätten sagen sollen und doch nicht gesagt hatten.

Als man sie aus dem Bureau heraustreten und über die Höfe kommen sah, erhob sich ein Tumult. Von weitem streckten sich ihnen Arme entgegen, man fragte sie aus, bleiche Gesichter

preßten sich an die Gitter. Painvin hatte nichts von seiner Selbstbeherrschung verloren; aber die anderen schlichen mutlos, mit gesenkten Köpfen heran. Und also-leich beariff die eizende Schar, daß sie gar nichts mehr zu hoffen hätte. Eine eizige Ruhe empfing sie, wie laute Mißbilligung; sie erkannten, daß sie nunmehr in Ungnade fielen, nachdem sie das ungeheure Vertrauen, das man in sie gesetzt, zusehendem gemacht. Langsam näherten sie sich und suchten sich Poncelets Worte ins Gedächtnis zurückzurufen. Als Luchon sie durchließ, sahen sie sich plötzlich von einem Menschenwarm umringt; da alle vordrängten, entstand ein fürchterliches Gedränge, darin Weiber und Kinder beinahe zerquetscht wurden. Painvin sprach, aber ohne Festigkeit; gleich seine ersten paar Worte entfestelten einen Sturm, der alle zehn hinwegzufegen drohte: ihre Augen funkelten, ihr Mund verzerrte sich in wildem Zorn; namentlich die Weiber rehrärdeten sich wie toll. Man hatte unrecht getan, mit diesen Kanakillen zu verhandeln; man hätte ihnen die Fenster einschlagen, gemeinsam in die Fabrik dringen sollen und die Maschinen demolieren. Ein drohender Wall umringte nun Huriaug, der als Erster den Rat gegeben, die Abgesandten zum Direktor zu schicken. Sein Gesicht wurde von Fäusten gestreift; Gaudots Bande verhöhnste ihn unter seinen Augen. Doch ruhig, mit den Händen in den Hosentaschen, zuckte er bloß die Achseln. Endlich schien seine Haltung auf die Arbeiter Eindruck zu machen; der Tumult legte sich, die Gruppen gingen auseinander; und allmählich kehrte unter den Zurückbleibenden wieder Ruhe ein. gleich einer stillschweigenden Unterwerfung unter den Willen der Herren. — Am andern Tage arbeiteten wieder alle trotz des erheblichen Lohnabzugs.

Steuerliche Befreiungen der kommunalen Elektrizitätswerke

Am 24. Januar 1929 hielt die Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke („Jke“) ihre diesjährige Hauptversammlung in Berlin ab. Die „Jke“ ist die Vertretung der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft, soweit sie auf kommunaler Grundlage beruht, die Sammelfläche aller rein kommunalen Elektrizitätswirtschaftlichen Belange. Sie unterhält dabei zu der großen „Vereinigung der Elektrizitätswerke“ nahe Beziehungen. Der „Jke“ sind zurzeit 150 Elektrizitätswerke der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände, Landkreise und Provinzen, besonders auch die großen, in privatwirtschaftlicher Form betriebenen kommunalen Gesellschaften angeschlossen. Mit einer Stromabgabe von 4,25 Milliarden kWh im Jahr 1927/28 vertritt die „Jke“ über vier Fünftel der Gesamt-Stromabgabe aller kommunalen Elektrizitätswerke und mehr als ein Drittel der gesamten Stromabgabe aller deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Ihre Bedeutung wird dadurch gekennzeichnet, daß von ihren Mitgliedswerken rund 11 600 Städte und Gemeinden Deutschlands mit elektrischer Arbeit versorgt werden und die Einwohnerzahl dieser Orte mehr als ein Drittel der Gesamteinwohnerschaft Deutschlands ausmacht.

Nach eingehender Besprechung der Wirtschaftslage und der steuerlichen Verhältnisse der rein kommunalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen faßte die Mitgliederversammlung einstimmig folgende Entscheidung, die der Deutschen Volkspartei und dem Hansabund, die die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke besteuern wollen, zu denken geben sollte.

„Gegenüber zahlreichen und besonders in letzter Zeit wiederholten Behauptungen und Angriffen gegen die kommunale Elektrizitätswirtschaft erklärt die ordentliche Mitgliederversammlung der „Jke“ vom 24. Januar 1929 folgendes:

1. Die Tarifgestaltung der kommunalen Elektrizitätswerke bewegt sich in durchaus gesunden Bahnen. Trotz der gestiegenen Kosten für die infolge des stetig anwachsenden Elektrizitätsverbrauchs erforderlichen Neubauten und Erweiterungen der Erzeugungs- und Fortleitungsanlagen, trotz der damit verbundenen starken Erhöhung der jährlichen Zinsenlasten, der Kohlen, Löhne und sonstiger Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind die heute gültigen Stromverkaufspreise in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle nicht höher als die Vorkriegspreise, zu einem wesentlichen Teil sogar niedriger als diese geblieben, was keine andere Industrie heute sonst zu leisten vermag.

2. Die kommunalen Elektrizitätsunternehmen erfüllen ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, durch Lieferung elektrischer Arbeit zu derart niedri-

gen Preisen der deutschen Gesamtwirtschaft zu dienen, mindestens in gleichem Maße, wie die private Elektrizitätswirtschaft. Die letztere ist naturgemäß auf privatkapitalistischen Gewinn angewiesen, während das Wesen der öffentlichen Wirtschaft gemeinnütziger Dienst für die Allgemeinheit ist.

3. Die allein vergleichbaren Kleinverkaufspreise sind bei 108 genau unterjuchten Mitgliedswerken der „Jke“ um durchschnittlich rund 17 Proz. niedriger als sie von privaten und gemischtwirtschaftlichen Werken nach deren eigenen Angaben erhoben werden. Die Kleinverkaufspreise der letzteren sind sogar noch um durchschnittlich rund 5 Proz. höher, als es durch die Höhe ihrer Gesamtbesteuerung bedingt wäre. — Wenn einzelne kommunale Werke Kleinverkaufspreise erheben, die zwar auch noch auf der Vorkriegshöhe, jedoch über dem heutigen Durchschnitt liegen, so ist dies nicht die Folge einer schlechteren Wirtschaftsführung, sondern durch Beschlässe der betreffenden kommunalen Selbstverwaltungsorgane bedingt, die auf diese Weise den notwendigen Ausgleich ihres kommunalen Haushalts herbeiführen.

4. Die Reingewinne der kommunalen Elektrizitätswerke finden nur Verwendung zum allgemeinen Besten, während Privatwerke ihre Überschüsse naturgemäß dem Privatkapital zuführen und dafür berechtigterweise steuerpflichtig sind. — Die steuerliche Befreiung der kommunalen Versorgungsbetriebe von der Körperschaftsteuer und einen Teil der Umsatzsteuer kommt somit ausschließlich der Verbraucherschaft zugute und dient dadurch der Gesamtwirtschaft. — Die Anhebung der steuerlichen Befreiung würde zu einer Erhöhung der Tarife oder der kommunalen Realsteuern führen müssen und damit die gesamte Verbraucherschaft, vom kleinsten Verbraucher bis zum größten Industriebetrieb, belasten.

5. Die Steuerbefreiung erhält auch durch die Tatsache ihre Berechtigung, daß die kommunalen Elektrizitätswerke genötigt sind, vielfach wirtschaftlich ungünstigere Versorgungsgebiete mit elektrischer Arbeit versorgen zu müssen, daß sie also gemeinnützige Leistungen in erheblichem Umfang ohne entsprechendes Entgelt, ja oft unter nicht unerheblichen Verlusten, aufzubringen haben.

6. Nach allem ist die Tarifgestaltung und Wirtschaftsführung der kommunalen Elektrizitätswerke in keiner Weise anfechtbar. Ihre steuerliche Befreiung ist vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft durchaus berechtigt und muß deshalb auch in Zukunft erhalten bleiben. — Die kommunalen Betriebe sind sich dessen bewußt, daß die seitens der Privatwerke betriebene Agitation für Aufhebung der kommunalen Steuerbefreiung auf dem Bestreben beruht, die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zurückzudrängen, um sich soweit als möglich an deren Stelle zu setzen. Die kommunalen Werke, die als Kulturunternehmen und Preisregler für die Bevölkerung von erheblichen Nutzen sind, müssen entgegen diesen Bestrebungen ihre Betriebe zum Besten der Bevölkerung unter allen Umständen aufrechterhalten können.“

Christliche Schaukelpolitik

Wir beschäftigen uns im allgemeinen mit unseren christlichen Gewerkschaften, mit denen wir bei Tarifvertrags- und Lohnverhandlungen zusammenarbeiten müssen, an dieser Stelle nur sehr selten, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Interessenvertretung der Arbeiterschaft durch solche Polemiken nicht gehindert wird. Wenn aber die Vertreter der christlichen Nächstenliebe gar zu demagogisch werden und mit der Wahrheit so grausam umzupringen versuchen, wie das jetzt anlässlich der Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter geschieht, sind wir doch gezwungen, die Dinge ins richtige Licht zu rücken.

Uns sind in der letzten Zeit verschiedentlich Zuschriften aus dem Reiche zugegangen mit der Mitteilung, daß die christlichen Organisationsvertreter draußen in den Versammlungen behaupten, der Reichsfinanzminister Hilferding hätte jede Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter abgelehnt. Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. An den Verhandlungen hat der Reichsfinanzminister Hilferding überhaupt nicht teilgenommen, und wie wir nachträglich festgestellt haben, seinen Referenten auch keine Weisung in ablehnendem Sinne gegeben.

Nun wird aber von den Christen weiter behauptet, die freien Gewerkschaften hätten es abgelehnt, den von den christlichen Gewerkschaften gestellten Antrag, sofort den Schlichter anzurufen, zu unterstützen. Der Fachverband der Reichs- und Staatsbediensteten geht sogar soweit und drückt in seinem Organ „Der Reichs- und Staatsbedienstete“ vom 9. März 1929 Sätze aus der Januarnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ ab, die der derzeitige sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell dort geschrieben hat. Man versteht dabei natürlich — wie immer — echt christlich, indem man nur folgenden Satz aus dem Zusammenhang des Artikels herausliest:

„Zwar ist ein exakter Vergleich des heutigen Reallohnes mit dem von 1913 nicht leicht möglich, da die Tariflohnsätze unserer heutigen Statistik mit der überwiegend anbertarifflich gewonnenen Durchschnittssätze der Löhne

von 1913 nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Man muß da vielfach zu dem Mittel des Wägens und der Abschätzung greifen. Soviele steht aber doch fest, daß der Friedensreallohn mit verhältnismäßig wenig Ausnahmen erreicht, teilweise überschritten ist.“

„Kollegen! Begreift ihr jetzt die Haltung des Herrn Reichsfinanzministers? Begreift ihr auch, warum die freien Gewerkschaften sich weigerten, jetzt bei der Lohnbewegung an den Schlichter zu gehen?“

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichsarbeitsminister Wissell in diesem Artikel zu nachstehender Schlussfolgerung kommt, die ehrlicherweise die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern nicht hätten verschweigen dürfen:

Es muß erstere werden, den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung durch Kaufkraftsteigerung weiter zu fördern und jedem einzelnen im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft den notwendigen Einfluß als Mensch und unentbehrliches Glied im Produktionsprozeß zu erhalten und ihn, wo erforderlich, zu erweitern. Aber ganz abgesehen davon, der Artikel Wissells hat mit unserer Lohnbewegung zunächst rein gar nichts zu tun, sondern ist lediglich eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen, und da stehen wir nicht an, zu erklären, daß wir den Antrag der christlichen Gewerkschaften auf sofortige Anrufung des Schlichtungsausschusses für undurchführbar gehalten haben, und zwar aus Gründen, die wir hier im Interesse der Christen selbst verschweigen wollen. Wir erlauben uns nur die Gegenfrage: Warum hat der Fachverband der Reichs- und Staatsbediensteten, bzw. die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteten, die ja ein und dasselbe darstellen, den Lohnvertragsvertrag bei der Eisenbahn nicht früher gekündigt, und warum hat er dort nicht schon seit Jahren dafür Sorge getragen und versucht, höhere Löhne für die Eisenbahner zu erwirken? Warum reißt der Vorsitzende der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft, Brune, jetzt im Lande herum und schimpft über die freien Gewerkschaften, da er sich doch vor kurzem geweigert hat, mit unserer

Sür die Frauen

Frauenarbeit und Gewerkschaften

Don Dr. Judith Grünfeld.

Die Erwerbsarbeit der Frauen weist auch in den Nachkriegsjahren eine steigende Tendenz auf. Aus den Ergebnissen der Berufszählung des Jahres 1925 ist zu ersehen, daß die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen in den Jahren 1907 bis 1925 verhältnismäßig stärker war als die der männlichen Erwerbstätigen:

	Zunahme der			
	Gesamtbevölkerung		Erwerbstät. B. v. ö. kerung	
	gegen 1927 in Prozent			
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Bayern	9,9	13,9	21,7	28,0
Hamburg	21,6	33,7	31,1	48,0
Lüb. ck	11,9	19,9	22,4	33,7
Ö. enburg	19,9	22,3	31,8	36,9
Anhalt	7,0	6,1	18,4	16,8
Mecklenburg-Strelitz	2,7	5,6	8,9	15,2
Schaumburg-Lippe	5,6	7,7	27,0	27,8

Das Statistische Reichsamt stellte ferner bei der Einteilung der Erwerbstätigen nach Altersgruppen fest, daß die Zunahme der Erwerbstätigenzahl bei den Männern lediglich durch die Verschiebungen des Altersaufbaues zu erklären ist, während bei den Frauen über die durch die Altersstruktur hervorgerufenen Verschiebungen hinaus eine Zunahme der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen ist, an der besonders die Altersklassen zwischen 25 und 30 Jahren beteiligt sind. Diese Feststellung muß man sich bei der Beurteilung der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen besonders vor Augen halten. Wenn die Erwerbstätigkeit der Frauen in der Altersgruppe 25 bis 30 relativ am stärksten zugenommen hat, d. h. gerade in dem Alter, in das meistens die Eheschließungen fallen, so beweist das einerseits, daß ein großer Teil dieser Frauen aus den bekannten Gründen zur Eheschließung nicht gelangt, andererseits aber läßt sich daraus schließen, daß die Ehe bei weitem nicht in dem Maße wie früher die Frau von der Notwendigkeit der Erwerbsarbeit befreien kann. In dem einen wie in dem anderen Fall stehen die Frauen der beßlosen Schichten heute unter viel stärkerem wirtschaftlichen Druck als in früheren Zeiten. Da der proletarische Ehemann infolge des geringen Einkommens, der verschärften Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit und des frühzeitigen Berufstodes im Zeitalter des Hochkapitalismus die Versorgung der Familie nicht sichern kann, sind die weiblichen Angehörigen heute in besonders starkem Maße auf lebenslängliche Berufstätigkeit angewiesen. Das schulentlassene Mädchen aus Arbeiterkreisen tritt heute ins Leben mit dem Bewußtsein, daß die Eheschließung ein ungewisses Lotteriespiel sei, während die harte Berufsarbeit auch für die weiblichen Familienangehörigen zur bitteren Notwendigkeit geworden ist.

Ist man sich über die wirtschaftlichen Gründe der zunehmenden Erwerbsarbeit der Frauen und namentlich auch der verheirateten Frauen völlig klar geworden und tritt man an die Frage vorurteilslos heran, so gelangt man zu der Ueberzeugung, daß den Gewerkschaften heute große Aufgaben zum Schutze der weiblichen Arbeitnehmer vor übermäßiger Ausbeutung, wie sie auf Schritt und Tritt zu beobachten ist, erwachsen.

Dies muß im Interesse aller Arbeitnehmer erfolgen, denn es handelt sich eben darum, die Frauenlöhne zu heben und sie in ein solches Verhältnis zu den Männerlöhnen zu bringen, daß eine Konkurrenz, die die Lebenshaltung der Arbeitnehmer drückt, ausgeschlossen wird. (Bekanntlich ist in den Berliner städtischen Krankenanstalten allgemein und außerhalb Berlins vielfach das weibliche Pflegepersonal mit dem männlichen in der Entlohnung gleichgestellt. Eine Errungenschaft, die unser Verband schon seit der Kriegszeit verzeichnen kann. Red. „Gewerkschaft“.) Es ist daher zu begrüßen, daß die freien Gewerkschaften in Oesterreich (nachdem es auch eine seit Jahrzehnten bestehende Forderung des ADGB. ist) auf ihrem letzten Kongreß, der im Juni 1928 abgehalten wurde, das Problem der Frauenarbeit und der Frauenlöhne in seiner ganzen Tragweite aufgerollt und in die Tagesordnung als speziellen Beratungsgegenstand aufgenommen haben.

Die Genossin Anna Boschek, die das Hauptreferat erstattete, ging davon aus, daß das „größte Unrecht in der ganz unwürdigen Entlohnung der Frauenarbeit“ liege und daß den Gewerkschaften

stärker denn je die Aufgabe zufalle, die Schäden der Frauenarbeit zu beseitigen. Mit Recht betonte die Berichterstatterin, daß die traditionelle Minderbewertung der Frauenarbeit noch heute eine ganz ungerechte Entlohnung der weiblichen Arbeitnehmer verursache: „aber noch nie waren die niederen Löhne der Frauen eine solche Gefahr für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten wie in der jetzigen Zeit, wo sich der Arbeitsprozeß so entwickelt, daß immer weniger gelernte, aber immer mehr ungelernete Hilfskräfte herangezogen werden“. In der Tat muß schon die einfache Tatsache, daß der Unternehmer auf Kosten der weiblichen Arbeitnehmer erhebliche Lohnerparnisse erzielen kann, ihn anspornen, durch Zerlegung des Arbeitsprozesses, wo es nur irgend möglich ist, Männerarbeit in „Frauenarbeit“ zu verwandeln. Die Erfahrungen der Rationalisierungsperiode liefern hierfür bereits genug Belege.

Die bestehende große Lohn Differenz, der sich die Frauen bisher schlechthin fügen mußten, bildet eine Quelle des Lohn drucks, der letzten Endes alle Arbeitnehmer schwer trifft. Die Arbeitgeber sind angesichts einer derartig schlechteren Entlohnung der Frauen bestrebt, wo es nur geht, Männer durch Frauen zu ersetzen. Je mehr die wirtschaftliche Not auch die Frauen in wachsendem Maße zur Erwerbsarbeit anreizt, desto mehr fallen die miserablen Frauenlöhne ins Schwergewicht, denn dabei wird nicht nur der Kreis der Ausgebeuteten erweitert, wie es schon bei den männlichen Arbeitnehmern der Fall ist, sondern gleichzeitig wird auch der Grad der kapitalistischen Ausbeutung gesteigert. So gesehen, bedeutet die Zunahme der schlecht bezahlten Frauenarbeit eine der größten sozialen Gefahren unserer Zeit, zumal sie gerade jene Hälfte des menschlichen Geschlechtes trifft, der auch die Natur eine so schwere und auch gesellschaftlich bedeutende Arbeitsleistung auferlegt.

Wenn man bedenkt, daß man heute bereits, nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes, sechzig Millionen erwerbstätige Frauen zählt, so sieht man, daß der Kapitalismus den Vorteil der billigen weiblichen Arbeitskraft reichlich genug ausnützt, und daß er nunmehr auf die Frauenarbeit angewiesen ist. Dieses enorm große weibliche Arbeitsheer könnte ja auch gar nicht mehr halbwegs durch erwerbsfähige Männer ersetzt werden. Da man heute die Entwicklung der Frauenarbeit, die in der wirtschaftlichen Not wurzelt, künstlich gar nicht aufhalten kann, so gilt es, die proletarischen Frauen vor der gesteigerten Ausbeutung in Schutz zu nehmen, denn die niedrigeren Frauenlöhne drücken die Lebenshaltung herab, und Unterernährung, Ueberarbeitung und viel häufigere Erkrankungen sind das Los der weiblichen Arbeitnehmer. Letzten Endes ist es eine Schicksalsfrage für die Gesamtarbeiterschaft, ob ihre Frauen, wenn die Dinge so weiter laufen, noch halbwegs gesunde Kinder zur Welt bringen können. Kann der Kapitalismus die Frauenarbeit nicht entbehren, ist die Wirtschaft keine männliche Angelegenheit mehr und müssen die Frauen in den rationalisierten Betrieben gleichmäßig und im gleichen Tempo mit den Männern mitarbeiten, so ist es ein Verbrechen gegen die Volksgesundheit, ein Raubbau an der weiblichen Arbeitskraft, wenn man sie, die doppelt belastet wird, noch viel schlechter als die Männer entlohnt.

Erschütternd wirkt die Statistik der Frauenlöhne, die auf dem österreichischen Gewerkschaftskongreß vorgebracht wurde: „Nach einer Lohnerhebung, die die Wiener Arbeiterkammer im Jahre 1926 vorgenommen hat, ergab sich zwischen der qualifizierten Arbeiterin und dem unqualifizierten Arbeiter eine Differenz von 60 Proz. Auch bei den Angestellten waren überall viel schlechtere Gehälter bei den Frauen als bei den Männern zu verzeichnen: Die Industrieangestellten haben in ihrem Bericht eine Statistik veröffentlicht, in der nachgewiesen wird, daß von 10 männlichen Industrieangestellten 2,5 unter dem Existenzminimum arbeiten müssen. Von 10 weiblichen Industrieangestellten arbeiten aber 8 gezwungenermaßen unter dem Existenzminimum.“

Das Große.

Eins muß dir immer gegenwärtig sein,
Ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Stein,
Ob Fäustel haltend du zur Tiefe sinkst,
Ob du des Feuers helle Kraft bezwingst,
Ob du die Felder segnest mit der Saat
Und Länder bindest mit dem Kupferdraht —

Daß irgendwo ein Bruder steht und schafft
Daselbe mit der gleichen stummen Kraft,
Daß irgendwo ein Bruder, so wie du,
Strebt sehnsuchtschwer der Sonnenstunde zu,
In der, verbrüdernd eine ganze Welt,
Er deine Hand in seiner Rechten hält.

Rifons Pehold.

Unsere Jugend

Gewerkschaftliche Jugendleiter-Konferenz

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte für den 4. März zu einer Besprechung von Jugendfragen eingeladen, zu der 25 Verbände und 9 Bezirke des ADGB. Vertreter entsandt hatten. Zur Erörterung standen das Berufsausbildungsgesetz, Berufsschulfragen und organisatorische Angelegenheiten.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Beratungen des Berufsausbildungsgesetzes referierte der Jugendsekretär des ADGB., Kollege Maschke. Bei seiner Gegenüberstellung des Regierungsentwurfs, der Arbeitgeberforderungen und der Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ergab sich, daß dieser wohl in einigen Punkten eine Annäherung an den gewerkschaftlichen Standpunkt vorgenommen hat, daß aber in den wichtigen Fragen der Anerkennung der tariflichen Regelung von Lehrlingsfragen und der Durchführung des Gesetzes kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Den im Regierungsentwurf aufgestellten Grundsatz der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, dem nach Ansicht der Gewerkschaften bereits im Regierungsentwurf nicht völlig entsprochen wird, haben die Arbeitgeber und mit ihnen die Mehrheit fallen gelassen, indem sie die Mitwirkung der Arbeitnehmer nur auf bestimmte, im Gesetz festgelegte Aufgabengebiete begrenzt wissen wollen. So wichtige Entscheidungen wie die über Aberkennung des Rechts eines Betriebsinhabers zur Lehrlingsausbildung, Entsendung der Beauftragten in die Betriebe zur Kontrolle der Ausbildungs- und sonstigen Verhältnisse, an öffentlichen Stellen zu erstattende Gutachten u. a. will man der gesetzlichen Berufsvertretung, d. h. der Handwerks- und Handelskammer allein überlassen. Charakteristisch ist auch, daß die Mehrheit des Reichswirtschaftsrats das vom Regierungsentwurf den paritätischen Ausschüssen gegebene Recht, Urlaub für Lehrlinge verbindlich festzusetzen, beseitigt hat. Die gewerkschaftliche Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft fand keine Mehrheit.

Die Aussprache ergab Einmütigkeit darüber, daß das Berufsausbildungsgesetz für die Gewerkschaften völlig wertlos sein würde, wenn die Auffassung des Reichswirtschaftsrats in den beiden Punkten: Stellung des Tarifvertrages und Durchführung des Gesetzes, etwa Geltung erlangen sollte. Bei den kommenden Beratungen im Reichstag ist deshalb auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu diesen beiden Punkten das Hauptgewicht zu legen. Wohl wurden auch zu der beschlossenen Umwandlung des Verfahrens der Anerkennung der Lehrbetriebe in das der Aberkennung Bedenken geäußert, die Gründe für diese Umwandlung wurden jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer als stichhaltig anerkannt.

Eine kurze Betrachtung der Jugendschutzbestimmungen im Arbeitsschutzgesetz führte zu der Feststellung, daß das Gesetz die Regelung des Urlaubs für Jugendliche nicht bringt. Das ist sehr zu bedauern. Die Konferenz war der Ansicht, daß der Urlaub für Jugendliche nicht, wie es die Begründung zum Arbeitsschutzgesetz tut, als eine Angelegenheit des Arbeitsvertragsrechts anzusehen ist, sondern als ein wesentlicher Bestandteil der gesetzlich zu regelnden Jugendschutzmaßnahmen; darum gehört die Urlaubsgewährung an Jugendliche in das Arbeitsschutzgesetz. Daß der Entwurf den Wochenendfrühschluß für Jugendliche ermäßigend wies, wurde begrüßt, doch wurde es für selbstverständlich gehalten, daß der Reichstag die von der Regierung vorgesehene, durch nichts motivierte Grenze von 16 Jahren auf das 18. Lebensjahr erhöht.

Bei der Erörterung von Berufsschulfragen wurde als notwendig bezeichnet, daß die Frage des Lohnausfalls für durch Berufsschulbesuch verläumte Arbeitszeit mehr als bisher tariflich geregelt werden müßte. Die schon bestehenden tariflichen Vereinbarungen hierüber sollen allen Verbänden zur Kenntnis gebracht werden. Ueber den Stand der Gewerbelehreerausbildung gab dann der Bildungssekretär des ADGB., Kollege Hessler, eine ausführliche Uebersicht, die zu eingehender Diskussion führte. Betont wurde hierbei allgemein, daß die Zusammenarbeit der Verbände mit der Lehrerschaft der Berufs- und Fachschulen sowohl zentral wie örtlich noch enger als bisher werden müßte.

Die besprochenen organisatorischen Angelegenheiten betrafen erstens einen vierzehntägigen Jugendleiterlehrgang an der preussischen Hochschule für Leibübungen in Spandau, der im Juni dieses Jahres stattfinden soll, zweitens die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Jugendveranstaltungen, drittens den Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, sowie viertens die Frage,

ob eine gegenseitige Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Verbände und der Bezirke des ADGB. notwendig und möglich sei. Die Konferenz verneinte eine solche Abgrenzung und betonte, daß bei rechtzeitiger gegenseitiger Verständigung über geplante Veranstaltungen Reibungen vermieden werden könnten. Die Absicht, auf einer gemeinsamen Jugendführertagung der Gewerkschaften, Sozialistischer Arbeiter-Jugend und Arbeitersportler im Mai oder Juni dieses Jahres Fragen der sozialistischen Jugendberziehung und solche der gemeinsamen Interessenvertretung zu behandeln, wurde gutgeheißen. Die bevorstehende Herausgabe einer Schrift für Mitarbeiter in der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege wurde begrüßt und weiter gewünscht, daß eine weitere Schrift über die Mitarbeit an der Berufsschule und eine über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendkartei veröffentlicht wird. Mit einer besonderen Aussprache der Bezirksvertreter über ihre organisatorischen Erfahrungen schloß die arbeitsreiche Tagung.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Wachsende Leistungen, sinkende Verwaltungskosten der Sozialversicherung. Das Statistische Reichsamt hat den Bilanzahlen des Jahres 1927 die des Jahres 1913 vergleichsweise gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, daß Leistungen und Gegenleistungen sich in starkem Maße vermehrt haben, natürlich auch die Verwaltungskosten. Immerhin geht daraus hervor, daß der relative Anteil der Verwaltungskosten von Jahr zu Jahr gesunken ist und der immer wiederholte Vorwurf, die Sozialversicherung arbeite zu teuer, keine Berechtigung hat.

Die Gesamteinnahmen der deutschen Sozialversicherung sind von 1,55 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 3,93 Milliarden Mark gestiegen, die Leistungen von 0,96 auf 3,05 Milliarden Mark. Gleichzeitig stiegen die Verwaltungskosten von 112 auf 221 Millionen Mark. Einer Verdoppelung der Verwaltungskosten steht eine mehr als Verdreifachung der Leistungen im gleichen Zeitraum gegenüber. Der Anteil der Verwaltungskosten der Sozialversicherung an den Gesamteinnahmen betrug im Jahre 1913 rund 7 Proz., im Jahre 1927 nur 5½ Proz.

Landstraßenwärter

Osterode, Ostpreußen. In der Versammlung der Straßenwärter des Kreises Osterode am 3. März berichtete Unterbezirksleiter Wenglowski über unseren ersten Tarifvertrag, der am 1. Oktober 1928 in Kraft trat. Der Tagelohn von 3,75 Mk. wurde von verschiedenen Kollegen als zu niedrig bezeichnet. Auch die Tatsache, daß der Weg zur und von der Arbeitsstelle nicht in die Arbeitszeit eingerechnet wird, fand bei den Kollegen keine gute Aufnahme. Der Straßenwärter fühlt sich schon beim Betreten der Straße im Dienst, zumal er auch auf dem Wege zur Arbeitsstelle schon mancherlei auf der Straße zu ordnen hat. Im allgemeinen brachte der Tarif Vorteile, die wir ohne Verband nie erhalten hätten. Zum Schluß der Versammlung wurden die Namen des erstmals gewählten Betriebsrats bekanntgegeben. Es sind dies die Kollegen Glamp, Mai, Ellmer, Kaminski und Bröde.

Heinrichswalde, Ostpreußen. Zum 3. März hatte die Fillaie in zwei verschiedenen Orten des Kreises Mitgliederversammlungen einberufen, in denen Gauleiter Neuendorf Bericht über die Lohnverhandlungen geben sollte. Die Ungunst des Wetters verhinderte Neuendorf und so wurde in Skaisgirren eine Versammlung abgehalten, in der Kollege Huhn über die Lohnverhandlung berichtete. Anschließend daran gab Kollege Fürst eine Uebersicht über die von unserer Organisation geplante Invalidenunterstützungskasse, die von den Kollegen lebhaft begrüßt wurde. Erfreulich war die Feststellung, daß die Kollegen bis auf vier alle organisiert sind. Mit der Mahnung, sich durch nichts abhalten zu lassen, an der Organisation festzuhalten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Kreis Jfeld. In der sehr gut besuchten Versammlung am 9. März berichtete Kollege Schmidt-Halberstadt über die Einführung der Invalidenunterstützungskasse innerhalb unseres Verbandes, die von den Kollegen gutgeheißen wurde. Sehr lebhaft wurde über die Streckenzulage und das Kilometergeld diskutiert. Allgemein ging der Wunsch dahin, daß das Kilometergeld in eine Fahrradentschädigung umgewandelt wird. Die Streckenzulage soll als Winterzulage gelten, ein Wunsch, für dessen Erfüllung sich auch der Oberwegemeister Lübers einzusetzen versprach. Nicht ganz einverstanden war die Versammlung mit der Einführung der monatlichen Lohnzahlung ab 1. April. Bei der Betriebsratswahl wurden die alten Kollegen wieder gewählt, was auch bei der Wahl zur Fillaileitung der Fall war.

Reichs- und Staatsarbeiter

Wiedereinstellung von Wasserbauarbeitern. Das Reichsverkehrsministerium hat unter dem 21. bzw. 23. Februar 1929 zwei Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden gerichtet, die wir hier im Wortlaut folgen lassen:

Richtlinien für die Wiedereinstellung von Arbeitern nach der winterlichen Arbeitsunterbrechung.

In der Vollziehung des Hauptbetriebsrates wurde u. a. darauf hingewiesen, daß sich aus der Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Unzuträglichkeiten in den Fällen ergeben, in denen den Arbeitern der Verwaltung vom Arbeitsamt anderweitige Beschäftigung zugewiesen worden sei. Die Beteiligten seien in solchem Falle oftmals im Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeiten nach der winterlichen Arbeitsunterbrechung nicht in der Lage, der Einberufung der Verwaltung rechtzeitig Folge zu leisten. Von den Arbeitern, insbesondere den langjährig Beschäftigten, werde es als Härte empfunden, wenn sie auf diese Weise ihren Arbeitsplatz bei der Verwaltung verlieren. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß diesen Arbeitern ihr Arbeitsplatz erhalten bleibe, auch wenn sie die Arbeit nicht rechtzeitig anzutreten vermöchten. Es komme hinzu, daß die Wiederaufnahme der Arbeiten oftmals allmählich erfolge und die Arbeitsämter über den Zeitpunkt, zu welchem die Freigabe der Arbeiter erwünscht sei, nicht unterrichtet wären.

Des Weiteren müsse angeblickt der Lage des Arbeitsmarktes bei der Wiedereinstellung mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen des einzelnen Arbeiters Rechnung getragen werden. Die wirtschaftlich Schwächeren verdienen hier den Vorrang vor solchen Arbeitern, die nicht ausschließlich auf die Arbeit bei der Verwaltung angewiesen seien. Familienstand und Dauer der Beschäftigung müßten Maßstab sein für die Beurteilung der Dringlichkeit. Die ordnungsmäßige Nachprüfung komme insbesondere in Betracht, wenn die Wiedereinstellung erst allmählich erfolge. Zweckmäßig würden den Bauämtern und Dienststellen Richtlinien an die Hand gegeben.

Was zunächst die Wiedereinstellung langjährig Beschäftigter Arbeiter betrifft, so ersuche ich, gegebenenfalls die Arbeitsämter rechtzeitig von der Wiederaufnahme der Arbeiten zu verständigen, damit die beteiligten Arbeiter freigegeben werden können und anderen Arbeitslosen Platz machen. Die Weiterverwendung dieser Arbeiter liegt um so mehr im Interesse der Verwaltung, wenn sie sich in ihrem Arbeitsverhältnis bewährt haben. Härten müssen hier auf jeden Fall vermieden werden.

Auch den weiteren Antrag, daß in erster Linie die wirtschaftlich Schwächeren berücksichtigt werden möchten, halte ich für berechtigt.

Diese Fragen für den Bereich der Reichswasserstraßenverwaltung einheitlich zu regeln, erscheint nicht tunlich, weil die örtlichen Verhältnisse mit zu berücksichtigen sind. Die Verhältnisse z. B. in rein ländlichen Bezirken oder in solchen mit Forstwirtschaft erfordern eine andere Regelung als in Bezirken mit überwiegend industriellem Charakter. Selbst im Bereich einer Mittelbehörde können die Verhältnisse so verschieden liegen, daß die Richtlinien vielleicht auf den Bereich einzelner Bauämter abzustellen sind. Die Aufstellung von Richtlinien erscheint mir aber gleichwohl in jedem Falle notwendig zu sein, schon damit die langjährig Beschäftigten Arbeiter an ihr Arbeitsverhältnis gefesselt bleiben, bzw. sie einen Anreiz empfinden, regelmäßig in ihr Arbeitsverhältnis zurückzukehren, und damit die wirtschaftlich Schwächeren vorzugsweise Behandlung erlangen.

Ich ersuche hiernach, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Ihres Geschäftsbereiches im Benehmen mit dem Bezirksbetriebsrat Richtlinien über die Wiedereinstellung der Arbeiter zu erlassen und Abschrift derselben hierher einzureichen. **J. A.: Stapenhorst.**

Anrechnung der Kriegsdienstzeit bei Dienstprämien. Auf die sich immer wiederholenden Anfragen betreffs Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Dienstprämien der Reichsarbeiter bringen wir folgenden Erlaß an dieser Stelle nochmals zum Abdruck:

Der Reichsminister der Finanzen.

III P 16324 / I B 11688 / II A 11137 / IV 4031.

Berlin, den 17. Juni 1926.

4. Dienstprämien für Reichsarbeiter.

In Abänderung der Ziffer 2, Absatz 2, meines Erlasses vom 17. November 1925 — III P 27650 usw. — genehmige ich, daß den Arbeitern, die bei Beginn ihres Kriegsdienstes oder, sofern er diesem unmittelbar vorausgegangen ist, des Friedensdienstes im Heer oder in der Marine im Reichs- oder Staatsdienste tätig waren und binnen vier Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Kriegsdienste sich wieder um Beschäftigung im Reichs- oder Staatsdienste beworben und auf Grund dieser Bewerbung dort Beschäftigung gefunden haben, bei der Berechnung der Dienstzeit für die Gewährung der Dienstprämien die zwischen Mobil- und Demobilmachung liegende Zeit des Heeresdienstes oder des Dienstes bei der Marine voll angerechnet wird.

Arbeitslosenversicherung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung bedeuten mehr als irgendeine soziale Hilfeleistung; man darf in diesen Maßnahmen zur Sicherung der Existenz des Arbeitnehmers mit Fug und Recht ein gut Stück „Lösung“ der sozialen Frage auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sehen. **Dr. Brauns.**

Aus unserer Bewegung

Berlin. Zur Lohnbewegung der Kammerei- und Werksarbeiter. Die Ortsverwaltung hat, nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband, die tarifliche Schiedsstelle angerufen. Die tarifliche Schiedsstelle hat, unter Vorsitz des Münzdirektors Dr. Piekert, am Freitag, dem 15. d. M., folgenden Schiedsspruch verkündet:

„Mit Rücksicht auf die zurzeit besonders ungeklärte, auch den städtischen Etat stark berührende allgemeine Finanzlage und angesichts der Tatsache, daß der reale Lohn, wenn überhaupt, so nur unwesentlich dem Lohn der Vorkriegszeit nachsteht, auch der Reichsindex vom Oktober 1928 bis Ende Februar 1929 nur eine Erhöhung von weniger als zwei Punkten aufweist, erscheint es geboten, die an sich erwünschte und in den letzten Jahren planmäßig durchgeführte Lohnsteigerung zurzeit auf das geringste Maß zu beschränken. Es wird daher entschieden, daß die Löhne vom 1. April 1929 bis zum 1. April 1930 um 2 Pf. und ab 1. Oktober 1929 bis zum 1. April 1930 um weitere 2 Pf. erhöht werden.“

Dieser Schiedsspruch ist lediglich mit der Stimme des Vorsitzenden gefaßt worden. Weder die Arbeitnehmer noch die Arbeitgeberseite haben diesem Vorschläge des Vorsitzenden ihre Zustimmung gegeben. Dieser Umstand kennzeichnet diesen Schiedsspruch. Er läßt erkennen, daß dieser Schiedsspruch für die Erledigung der schwebenden Lohnbewegung eine glatte Unmöglichkeit darstellt. Am Montag, dem 18. d. M., werden die vereinigten Tarifkommissionen der Kammerei- und Werksarbeiter zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen und werden ihn voraussichtlich einmal als rechtsunwirksam bezeichnen, da er nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist; zweitens werden sie ihn auch der Höhe nach ablehnen. Die Ortsverwaltung wird darüber hinaus zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen in einer großen Funktionärkonferenz Stellung nehmen.

Flensburg. In der Generalversammlung am 18. Januar gab Kollege Mattiesen den Geschäftsbericht, aus dem eine ganz gesunde Entwicklung unserer Filiale zu erkennen war. Im vergangenen Jahre konnten 23 Kollegen neu aufgenommen werden, für unsere kleine Filiale ein großer Erfolg. Der Kassenbericht befriedigte allgemein. Bei der Neuwahl der Filialeitung wurden die Kollegen Mattiesen, Warnke und die Kollegin Tordsen wiedergewählt.

Lübeck. In der Jahresversammlung am 8. März d. J. gab der Wirtschaftsbezirksleiter mündliche Ergänzungen zum gedruckt ausgegebenen Bericht. Die Kassenverhältnisse wurden durch Bienen, Hamburg und Salomon, Lübeck, eingehend klargestellt. Den Ortsauschlußbericht erstattete Kollege Gronock. Für die Beitrags-einsammler wurde eine Erhöhung des Prozentsatzes von 6 auf 7 Proz. von der Beitragsmarke als Entschädigung beschlossen. Eine Entschädigung für unbesoldete Verbandsfunktionäre (Betriebsräte und Vertrauensleute) lehnte die Versammlung ab. Die Dorst and s w a h l brachte nachstehendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Frank, Kassierer Salomon, Beisitzer Frens (Baubehörde), Kindler, Schmalfeld (städtische Betriebe), Dosgerau (Friedhof), Gronock, Schöning (Heil- und Pflgeanstalten) und Runge (Kleinbetriebe). Zum Revisor wurde Fritz Müller bestimmt. Türkontrolle und Fahnenkommission blieben unverändert.

Rundschau

An der Bahre von Bruno Poersch. Eine schlichte Gedächtnisfeier vereinte die Verwandten und Freunde des verstorbenen Gründers unserer Organisation am 15. März 1929 in Marburg. Anschließend fand die Ueberführung der Leiche zum Krematorium in Gießen statt. Von Seiten unserer Organisation waren für den Verbandsvorstand die Kollegen Müntner und Dittmer erschienen, für die Filiale Berlin Kurpat, für den Wirtschaftsbezirk Schmejer, für die Filiale Marburg Schultheiß sowie einige andere Kolleginnen und Kollegen. Der Bürgermeister von Marburg hielt dem Verstorbenen eine kurze Gedächtnisrede, in welcher er insbesondere sein Wirken beim Arbeitsamt in den Vordergrund stellte. Einen warmherzigen Nachruf gab der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der der Verstorbene angehörte. Ebenso war das Reichsbanner durch besondere Abordnung vertreten. Kollege Müntner würdigte im Namen des Verbandes in trefflicher Rede die Verdienste des Verstorbenen um unsere Organisation. Zu einer Zeit, als es noch sehr schwer war, die Kollegen zu organisieren, hat Kollege Poersch in unermüdlicher Arbeit den Grundstein gelegt zur Größe unseres Verbandes. Heute sehen wir innerlich und äußerlich als eine der stärksten Organisationen der deutschen Gewerkschaften da. — Am Abend fand eine Zusammenkunft von Mitgliedern unserer Filiale mit unserer Delegation statt, wobei sowohl vom Filialvorsitzenden wie auch vom Vertreter des Wirtschaftsbezirk-

festgestellt werden konnte, daß unsere Marburger Filiale mit mehr denn 400 Mitgliedern die stärkste Organisation am Orte ist.

Arbeiter und Buch. Das Interesse des Arbeiters für das Buch ist bestimmt von seiner wirtschaftlichen Lage sowie seiner politischen Einstellung. Für ihn ist es unmöglich, ein Buch zu kaufen mit einem Durchschnittspreis von 5 Mk. Es sind 5 bis 8 Stundenlöhne, die er sich irgendwo abspart, die er ausgibt, ohne einen momentanen Erfolg zu sehen. Es ist nur ein Buch, vielleicht wäre es nötiger gewesen, das Geld für ein Hemd auszugeben. Es ist begreiflich, daß hier versucht wurde, Abhilfe zu schaffen. Der finanziell schwachen Käuferschar wurde in Buchgemeinschaften und Bücherkreisen eine Möglichkeit gegeben, ihren Buchbedarf zu decken. Allerdings eine begrenzte Möglichkeit. Denn die Buchwünsche des Arbeiters können sich nicht nach der Weltanschauung eines Buchkreises, sondern müssen sich nach der eigenen Weltanschauung richten. Somit kann eine Buchgemeinschaft nur ein allgemeines Bildungsniveau haben, zumal seine Mitglieder aus allen Vereinen und Klassen kommen. Der Arbeiter stellt ja ganz andere Forderungen an das Buch als ein bürgerlicher Mensch. Er ordnet sich ein in die Reihe derjenigen, die dieser bürgerlich-kapitalistischen Welt ein Ende bereiten wollen. Dafür arbeitet er, setzt alles für die Arbeiterbewegung ein, einfach und selbstverständlich. Mit dieser Einstellung geht er auch an das Buch. Irgendwo muß er sein Leben wieder finden, sein armes, zerquältes Dasein. Alle geschilberte Not und Freude, alles Sehnen und Hoffen, alles was er liebt, wird er erst dann erleben, wenn es sein eigenes Leben ist, wenn alles Gelesene auch ihn angeht. Ganz genau besinne ich mich auf meine Begeisterung, als ich den Jimmie Higgins von Upton Sinclair gelesen habe. Das war ja mein eigenes Schicksal und das vieler anderer. So erlebte es jeder Proletarier am eigenen Leib, es war immer das gleiche Lied, immer das selbe Leben. Da erst erlebte ich den Proletarier, als Jimmie Higgins in der Versammlung vom Rednerpult geholt wurde. Da war das Buch nicht mehr ein amüsanter Roman, nein, da war es der flammende Protest eines Menschen, der als Glied seiner Klasse das schilberte, was seine Klassengenossen täglich erleben und erdulden. Darauf kommt es an, das Buch muß im wesentlichen Erkenntnis dem Leben gegenüber bringen. Diese Erkenntnis wird und muß aber ein Bekenntnis zum Sozialismus sein. Dann aber ist es die Aufgabe eines jeden, sein Leben danach zu formen, seinen ganzen Menschen in den Dienst dieser Idee zu stellen. Um dieser Forderung gerecht zu werden, müssen wir mit unserer ganzen Erziehung von vorn anfangen, dazu benutzen wir das Buch als ein Bildungsmittel. Denn wir wissen genau, wie weit das Proletariat hinter dem Bürgertum zurücksteht, wir wissen auch, daß einer reaktionären Klasse alle Mittel recht sind, uns in dieser Bildungsarbeit zu hemmen. Wir kennen die Prozesse gegen proletarische Schriftsteller, kennen auch die Buchverbote und das Gesetz gegen Schmutz und Schund. Von allen Seiten engen sie uns ein. Außerlich gehemmt durch wirtschaftliche Armut, wenig Freizeit und schlechte räumliche Verhältnisse, innerlich bedrückt durch falsche Erziehung und Minderwertigkeitsgefühle, muß sich der Arbeiter durch alle diese Ueberreste hindurchbeißen. An diese Stelle müssen wir das Buch stellen. Hier kann es den Lebensraum vergrößern. Mit jeder gelesenen Seite fallen alte Schlacken ab, weiten sich unterdrückte Fähigkeiten, sprengt es den Panzer alter Moral, erkennt der Arbeiter den Unwert alter bürgerlicher Erziehung und erkennt die Notwendigkeit, sein Leben neu zu gestalten, es anders wachsen zu lassen. Er muß sich neu erziehen. Seine alte Lebensform ist zerfallen, wertlos und trägt den Stempel bürgerlichen Daseins. Durch des Buches Hilfe ringt sich der Arbeiter hoch und baut ein neues eigenes Leben auf. Aus einem unbewußten Mitläufer wächst langsam ein klassenbewußter Arbeiter. Seiner großen Aufgabe bewußt, stellt er sein persönliches Leben in den Dienst des Sozialismus. — Die Interessen des Arbeiters sind aber so vielseitig, daß ihm die heute noch einseitige Parteibuchhandlung nicht genügen kann. Andererseits ist der gewaltige Ansturm von Büchern für den Arbeiter ein Chaos, aus dem er sich nicht herausfindet. Das Uebel liegt beim Buchhändler, der viel zu wenig Beobachtung den proletarischen Büchern schenkt. Es ist für ihn durchaus wichtig, wie auf ein Buch aufmerksam gemacht wird, es ist wichtig, ob ein einziger Autor oder ein ganzes Buch den Schaukasten beherrscht, oder ob man sich zwischen vielen Büchern oder Autoren nicht zurechtfindet. Eine jede Ausstellung von Büchern muß ein bestimmtes Gesicht haben. Begrenzt auf ein Thema, muß es dennoch weit genug gefaßt sein. Der Arbeiter soll alles Gute erhalten und es ist die Pflicht eines jeden Buchhändlers, in diesem Sinne seine Ausstellungen aufzubauen, oder noch weitgehender sich der sozialistischen Idee anzuschließen. Wenigstens muß er versuchen, den besonderen proletarischen Bedürfnissen entgegenzukommen und mit seinem Rat zur Seite stehen.

Herbert Höhne, Hamburg.

Briefkasten

Filialen Haan, Nordrach, Uchtspringe u. a. Berichte über Festlichkeiten der Filialen können in unsern Verbandsorganen des Raummangels wegen keine Aufnahme finden. — W. D., Hildburghausen. Gedicht ist nicht verwendbar.

Verbandsteil

Bezugnehmend auf die in der „Gewerkschaft“ Nr. 2/29 erfolgte Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über die Einberufung der ersten Reichskonferenz der Reichssektion Kammereibetriebe veröffentlichen wir nachstehend die endgültige

Tagesordnung

für die erste Reichskonferenz der Reichssektion Kammereiarbeiter am 6., 7. und 8. Mai in Berlin.

1. Eröffnung der Konferenz und Wahl der Konferenzleitung.
2. Stadtreinigungswesen (Straßenreinigung, Müllbeseitigung). Referent: Herr Direktor Erdmann, Berlin.
3. Park-, Garten- und Friedhofswesen. Referent: Herr Gartendirektor Professor Barth, Berlin.
4. Stadtentwässerung und kommunale Güterwirtschaft. Referent: Herr Stadtrat Wuyha, Berlin.
5. Die Nahrungsmittelversorgung der Gemeinden. Referent: Herr Direktor Morawski, Berlin.
6. Die kommunalen Verkehrsunternehmungen. Referent: Herr Stadtrat Reuter, Berlin.
7. Straßenbau und Straßenunterhaltung. Referent: Herr Bauerrat Lemke, Dessau.
8. Die Bedeutung der Kammereibetriebe im Rahmen der öffentlichen Wirtschaft. Referent: Kollege Dr. Walter Dahl.
9. Die Kammereiarbeiter im Arbeitsrecht und in der Sozialversicherung. Referent: Kollege Rudolf Weck.
10. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer in den Kammereibetrieben. Referent: Kollege Carl Polenske.
11. Erledigung sonstiger Anträge.

Im August 1929 beginnt ein fünfmonatiger Männerkursus für die Heimvolkshochschule Tinz. Unser Verband wird voraussichtlich vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einen Platz für einen Schüler erhalten. Kollegen, die gewillt sind, unter den nachstehenden Bedingungen an dem Kursus teilzunehmen und bereits an einem unserer Funktionärskurse teilgenommen haben, wollen ihre Bewerbungen bis zum 25. März 1929 möglichst mit einer Begutachtung der Filiale an die Bezirksleitungen einreichen.

Den Bewerbungen sind beizufügen: 1. Ein mit der Hand geschriebener Lebenslauf, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter und Staatsangehörigkeit insbesondere die Berufsausbildung, der Bildungsgang und der Zweck des Schulbesuchs hervorgehen. 2. Ein selbst gefertigter Aufsatz über das Thema „Wie kam ich zu meinem Berufe und welche Erfahrungen habe ich im Arbeitsleben gemacht?“

Die Beantwortung dieses Themas soll sich nicht auf ein paar nackte Tatsachen beschränken, sondern die gesellschaftlichen und seelischen Bedingungen aufzeigen, die zur Berufswahl geführt haben, z. B. die Verhältnisse des Elternhauses, Einflüsse der Schule, örtliche Arbeitsverhältnisse, eventuelle Berufsberatung. Von besonderem Interesse ist auch die Beantwortung der Frage, ob der eingeschlagene Beruf den eigenen Neigungen, Anlagen und Tätigkeiten entspricht oder nicht, ob er auf freiem Entschluß beruht oder irgendwelchem äußeren Zwange unterlag.

Es kommen nur ledige Kollegen im Alter von 18 bis 30 Jahren in Frage. — Das Schulgeld für den Kursus beträgt für Reichsdeutsche 150 Mk. (für Thüringer 125 Mk.). Diesen Betrag übernimmt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Dergleichen gewährt die Bundeskasse des ADGB den Schülern ein monatliches Taschengeld von 15 Mk., Wäschegehd 7,50 Mk., Bücherstipendien 60 Mk. und das Reisegehd (3. Kl.) hin und zurück.

An unser Winterbildungsprogramm sollen sich noch drei Funktionärskurse anschließen, und zwar

1. ein Kursus, der vom 2. bis 17. Mai dauert und ausschließlich für Kolleginnen bestimmt ist;
2. ein Kursus für Filialkassierer vom 26. Mai bis 15. Juni;
3. ein Kursus für Filialvorsitzende vom 16. Juni bis 6. Juli.

Die Bedingungen zur Teilnahme sind dieselben wie bisher. Die Bewerbungen zu den Kursen sind an die Wirtschaftsbevollmächtigten zu richten, und zwar für den Frauenkursus bis spätestens zum 8. April, für den Kursus für Kassierer bis zum 6. Mai, für den Kursus für Filialvorsitzende bis zum 27. Mai. In den Bewerbungen ist jedesmal anzugeben, wie lange der Kollege unserm Verband angehört und ob er bereits an Kursen in unserer Schule teilgenommen hat. Der Verbandsvorstand.